Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 6 (1977)

Heft: 1

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr, 66 6. Jahrgang Nr. 1 10. Januar 197-7 Kiosk Fr. 1.50

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz.

Alfred Andersch: Zwölf Strophen über die Arbeislosigkeit Seite 2 Die Studienbibliothek zum Studium der Geschichte der schweizerischen

Arbeiterbewegung
Materialien und Hinweise Seite 2

ındesrat Hürlimann lehnt ualitätsprämie für «Ernst S.»-Filn Niklaus Meienberg schreibt einen offenen Brief an den Bundesrat Seite 3

Cincera zwingt die Geister, Farbe zu bekennen. Jürg Frischknecht analysiert die Reaktionen auf die Affäre Cincera Seite 5

Gären im SSR: Suche nach einer fortschrittlichen Betriebsstruktur im Schweizer Studentenreisedienst Seite 6

Was Ihnen 1976 brachte... mindestens mit dem «konzept» Das Beste aus «das konzept» 1



1987 – als das Verkehrsproblem gemeistert war

... oder die Vorwegnahme eines fast paradiesischen Zustandes

Verkehrspolitik ist zurzeit ein heisses Thema. Mindestens vier schweizerische Volksinitiativen sind hängig, stens vier schweizerische Volksinitiativen sind hangig, welche den Strassenverkehr betreffen. Die grosse Diskussion um öffentlichen und privaten Verkehr ist in Gang gekommen. Eine Gesamtverkehrskommission werkelt wacker mit. Man ist sich einig, dass eine Wende eintreten muss, dass es wie bisher nicht weitergehen kann. Fast jede Partei bekennt sich zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, aber getan wird nichts. Der folgende Artikel liefert in Form einer fiktiven Reportage einen Vorschlag dafür, was zu tun wäre. Einen Vorschlag, der wahrscheinlich Anstoss erregen wird. Ich nehme das in Kauf, wenn dafür etwas hängen bleibt. – Ganz besonders ist dieser Artikel der Freisin-nig-Demokratischen Partei als der Taufpatin des Ver-ursacherprinzips sowie Bundesrat Willi Ritschard, dem Vorsteher des Verkehrsdepartementes, gewidmet. Beat Schweingruber

Anfang dieses Jahres, auf den 1.1.1987, ist die letzte Rate der achtstufigen Benzinpreiserhöhung in Kraft getreten, womit der Benzinpreis nun auf der vorgesehenen Höhe von 5 Franken pro Liter angelangt ist. Im Jahr 1980 begonnen und jährlich um 50 Rappen pro Liter Treibstoff erhöht, hat damit die schrittweise Belastung des Motorfahrzeugverkehrs mit den durch ihn verusachten sozialen und umweltbezogenen Kosten im Rahmen des *Bundesgenen Kosten im Rahmen des *Bundesgenen Kosten im Rahmen des *Bundesgenen Kosten im Rahmen den *Zundesgenen Kosten im Rahmen den *Zundesgenen Kosten im Finen vorläufigen Abschluss gefunden.

Dieses gewiss historische Ereignis ist Anlass genug, einmal eine Zwischenbilanz der inzwischen eingetretenen Entwicklung zu ziehen – einer erstaunlichen und erfreulichen Entwicklung notabene, von der noch vor 10 Jahren niemand zu träumen gewagt hätte ...

Zwei Drittel weniger Autoverkehr

Autoverkehr

In den sieben Jahren seit Anfang
1980 ist der Treibstoffverbrauch und
damit der Motorfahrzeugverkehr, verglichen mit dem Volumen der 70er
Jahre, um rund 66% zusammengeschrumpf!! Die Abnahme verteilt steh
nicht gleichmässig auf das ganze Landesgebiet: In den Städten und Agglomerationen beträgt sie nach kürzlich durchgeführten Erhebungen fast 75%, in den
ländlichen Gebieten hingegen «nur»
etwa 50%, was in erster Linie auf den
unterschiedlichen Grad der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
zurückzuführen ist.

Dieses erstaunliche Ergebnis ist aller
dings nicht allein das Resultat der Benzinpreiserhöhungen. Die nochmals herabgesetzten Tempolimiten, die Ver-

kehrsbeschränkungen in den Städten und die gezielte Parkraumbewirtschaftung haben ihr übriges dazu getan. Nicht zuletzt sind es allerdings auch die in der Zwischenzeit ergriffenen vielfältigen und umfassenden Massnahmen zum Ausbau und zur Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel, welche immer mehr Automobilisten zum Umsteigen bewogen haben.
Der Trend weg vom Auto setzt sich mübrigen immer noch fort. Da sich die letzte Erhöhungstranche von 4.50 Fr. auf 5 Fr. pro Liter Benzin erst von jetzt an auswirkt, ist in diesem Jahr nochmals mit einem Rückgang von 5–10% zu rechnen. Ausserdem bleibt abzuwarten, wie sich der laufende, intensive Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die letzten Tarifsenkungen längerfristig auswirken werden.

Zustände wie 1950

Zustände wie 1950
Schon jetzt aber kommen die Vorteile des drastisch verminderten Individualwerkehrs voll zum Tragen. Namentich die Bevölkerung in den Städten kann buchstäblich «aufatmen». Da im selben Zeitraum die Abgas- und Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge ebenfalls wesentlich verschärft wurden, sind die lufthygienischen Verhältnisse um ein Viellachse besser geworden.
Die chaotisch verstopften Städte gehören so ziemlich der Vergangenheit an. Vielerorts konnten sogar Verkehrsflächen den Fussgängern und Quartierbewohnern zurückgegeben oder wieder in Grünflächen umgewandelt werden. Zahlreiche Strassenzüge konnten für den Durchgangsverkehr gespert werden, und die dortigen Anwohner kamen endlich zu ihrer schnlichst erwarteten Ruhe. Auch in den verbeibenden Strassen ist der Verkehr merklich ruhiger geworden; zudem sind mit den Mitteln aus

Kein Verlust von Arbeitsplätzen

Erstaunlich an dieser volkswirtschaft-lich doch beträchtlich ins Gewicht fal-lenden Umstrukturierung des Verkehrs-wesens ist vor allem, dass sie weder auf

den Verkehrsabgaben bereits zahlreiche Massnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes verwirklicht worden.



Kosten der Mobilität noch auf Kosten der Volkswirtschaft erfolgt ist. Wohl verzichten jetzt viele Leute auf überflüssige Fahrten, aber im grossen und ganzen ist die Abnahme des Privatverkehrs durch eine annähernd entsprechende Zunahme des öffentlichen Verkehr sausgeglichen worden.

Die Pro-Kopf-Ausgaben im Sektor Verkehr sind im Mittel leicht angestiegen, sie hängen aber im einzelnen stark vom Verkehrsmittel ab. Personen, die sich worwiegend im Privatfahrzeug bewegen haben heute wesenlich höhere Verkehrskosten, während die Benützer des öffentlichen Verkehrs bei gleicher Fahreistung billiger als früher wegkom-Profitiert hat auch der Arbeitsmarkt.

Fahrleistung billiger als früher wegkommen.
Profitiert hat auch der Arbeitsmarkt.
Da die Gesamtverkehrsausgaben, wie gesagt, leicht angestiegen sind, konnte die Zahl der Arbeitsplätze nicht nur gewahrt, sondern sogar erhöht werden; allerdings war und ist das grössenteils mit einer Verschiebung aus dem privaren Sektor des Automobilgewerbes in den der öffentlichen Verkehrsunternehmungen verbunden. Viele ehemals im Autogewerbe Beschäftigte (Mechaniker, Spengler, Tankwarte usw.) arbeiten heute bei der Bahn oder einem Busberieb in ihrer Region, sei's als Chauffeur oder in der ursprünglich gelernten Funktion (auch Bahn- und Busfahrzeuge müssen schliesslich gewartet werden).
Im Tiefbausektor hat sich die Be-

Im Tiefbausektor hat sich die Be-

Tarifsenkungen wurden zu einem wesentlichen Teil auch dadurch ermöglicht, dass die gesteigerten Passagierfrequenzen zu besserer Auslastung und
besserer «Rentabilität» des öffentlichen
Verkehrs geführt haben.)

schäftigtenzahl ziemlich stabil gehalten. Heute wird etwa gleich viel Geld in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (vorab des Schienenverkehrs) investiert wie vor zehn Jahren in den Strassenbau.

Vom Jahr 1980 an stand nämlich der durch die allg. Verkehrsabgaben ge-speiste Verkehrsfonds zur Verfügung, damals noch mit 1,6 Milliarden Fran-ken, im letzten Jahr bereits mit 4,6 Mil liarden (vgl. Tabelle). Dieser Fönlö-wird gegenwärtig etwa so verwendet:

Der Verkehrsfonds

Verkehrs geführt haben.)

• Ein zweites Drittel des Verkehrsonds wird für den Ausbau, d. h. für bauliche. Erweiterungen des öffentlichen Verkehrs, verwendet. Zahlreiche Projekte aus den 70er Jahren konnten nun enlich in Angriff genommen und teilweise bereits fertiggestellt werden. Seit 1978, als die politischen Weichen für den Verkehrsfonds gestellt wurden, werden bekanntlich intensiv und systematisch weitere Projekte entwickelt. Vom Gesetz her ist es an sich auch möglich, Mittel aus dem Fonds für den Strassenbau einzusetzen. Doch angesichts des immensen Nachholbedarfs beim ÖV und der Volksmeinung sind die politischen Prioritäten vorerst einmal völlig zugunsten der Schiene gesetzt worden.

der Schiene gesetzt worden.

Mit dem letzten Drittel werden verkehrsbedingte Unweltschutzmassnahmen
inanziert. Dazu gehören etwa Überdekkungen von besonders exponierten
Strassen- und Autobahnabschnitten in
Siedlungsgebieten, Schallschutzmassnahmen an Wohnhäusern, Lärmdämpfung bei Tram und Eisenbahn, Umstellungen von Bus auf Trolleybus usw. Der
aktive Lärmschutz an Motorfahrzeugen
sti nierster Linie durch die Eigentümer
u finanzieren, doch werden in be-

stimmten Fällen Beiträge aus dem

EINKAUFS= ZENTRUK

stimmten Fällen Beiträge aus dem Fonds ausgerichtet.

Man darf mit Fug behaupten, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben. Auf dem Sektor des öffentlichen Verkehrs steht heute dem Benützer ein Leisungsangebot zur Verfügung, das sich kaum mehr mit jenem der 70er-Jahre vergleichen lässt, auch nicht mit dem um 1950 herum, obwohl die Bahnen damals etwa den gleichen Anteil am Gesamtverkehr auf sich vereinigten wie heute. In den meisten Städten sind Tram und Bus derart schnell und pünktlich geworden, dass sich von den verbliebenen Automobilisten laufend noch welche zum Umsteigen bewegen lassen.

Das Ende des Strassenbaus

Das Ende

des Strassenbaus

Mit dem Strassenbau grossen Stils ist es nun endgültig vorbei. Wo noch gebaut wird, handelt es sich um Umfahrungsstrassen von Dörfern oder um die Sanierung von Gefahrenstellen. Der Nationalstrassen von Dörfern oder um die Sanierung von Gefahrenstellen. Der Nationalstrassen von Dörfern oder um die Stanierung von Gefahrenstellen. Die still der Stellen geschausen der Stellen der Stellen der Stellen geschausen der Stellen der Stellen geschausen der Stellen der Stellen geschausen geschausen geschausen geschausen geschausen

Soziale Probleme nur teilweise gelöst

Gewiss hat die Umstrukturierung des Verkehrswesens auch Nachteile und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Das Auto hat in unserer Gesellschaft eben eine Stellung eingenommen, die weit über die eigentliche Verkehrsfunktion hinausging. Für viele war es Identifikationsobjekt (eine Mietwohnung kann am meist nicht verändern, wohl aber ein eigenes Auto); für andere war es Statussymbol, oder Fluchtobjekt, oder alles in einem. Vielen Leuten ist es anfänglich schwergefallen, auf gewisse Bequemlichkeiten zu verzichten.

Aber man muss eines sehen: Unerschwinglich ist es ja nicht geworden, das Autofahren, bloss einfach teurer. Bei einem Mittelklassewagen liegen die Kilometerkosten heute bei 70 Rappen statt bei 30 wie vor 10 Jahren. Wer also auf seine Bequemlichkeit oder sein Statussymbol nicht verzichten kann, der wird auch nicht zum Verzicht gezwungen. Nur muss er eben heute die vollen Kosten dafür tragen, auch die externen, die Kosten der Umwelt.

Und gerade die unteren Einkommensschichten, von denen man am ehesten sagen könnte, man habe ihnen das Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung auf Seite 4

Verkehrsentwicklung 1979–1987

Aus der Tabelle wird deutlich die Abnahme des privaten und die Zunahme des öffentlichen Verkehrs in Abhängigkeit vom Benzinpreis (sowie andern, hier nicht dargestellten Faktoren wie Verkehrsbeschränkungen, Tarif und Leistungsangebot beim OeV usw.) sichtbar. Zum Vergleich sind noch die Jahre 1970, 1973 (Rekordjahr vor Erdölkrise und Rezession) und 1975 aufgeführt. Die Angaben für das laufende Jahr 1987 beruhen auf Trendextrapolationen.

Jahr	Benzin- preis	Treibstoffverbrauch		Verkehrsleistung im Personenverkehr (Mrd. Pkm)		Zollerträge aus Treibstoffen (Mio. Fr.)		Verkehrs- abgaben	
	(Fr./I)	(Mio. l)	± %	Àuto	öffentl. Verkehr	total	zweck- gebund. Strassen- bau	für Fond (Mio. Fr.)	
1970*	80	3200		46,5	12,5	1210	910	_	
1973*	90	3940	+23,1	56,2	12,9	1680	1330		
1975*	1.—	3700	- 6,1	53,8	13,1	1930	1600	-	
1979	1.—	3900	+ 5,0	55,8	13,5	2030	1670		
1980	1.50	3315	- 15	47,5	18,2	1720	1420	1650	
1981	2.—	2650	-20	38,9	27,8	1380	1130	2650	
1982	2.50	2120	-20	32,4	34,7	1100	910	3180	
1983	3.—	1800	15	27,8	39,8	940	770	3600	
1984	3.50	1620	- 10	24,9	43,2	840	690	4050	
1985	4.—	1460	-10	22,3	46,9	760	620	4380	
1986	4.50	1330	-10	19,9	50,3	680	560	4655	
1987	5	1200	-10	18,0	53,0	610	500	4800	

*Die Zahlen für die Jahre 1970-75 sind durchaus real und stammen aus den einschlägigen Statistiken

Quellen der Arbeiterbewegung (2)

«Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung»

Ein bedeutender Teil dessen, was über die modernen Klassenkämpfe und über den Weg zur sozialistischen Gesellschaft, über politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Konflikte der Arbeiterbewegungen geschrieben wurde, steht in den Bibliotheksräumen der «Studienbibliothek» an der Wildbachstrasse 48 in Zürich 8. Im gleichen Haus haben auch die Gewerkschaft Kultur (GKEW) und die Limmat-Verlag-Genossenschaft ihren Sitz.

schaft Kultur (GKEW) und die Limm
Im Lese- und Arbeitszimmer im Erdgesschoss finden sich neben Marx-EngesWerken und Lenin-Schriften verschiedene Handbücher, grossformatige Zeitschriften und einei/Weltgeschichte in 10
Bänden der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion. Nebenan im Geschichts- und Theoriezimmer sind Bücher über Geschichte, Gewerkschaftsbewegung, Marxismus, Philosophie, über Okonomie, Soziologie, Bildung, Erziehung und Frauen untergebracht. In höheren Stockwerken, in labyrinthartig ineinandergeschachtelten Regalreihen, stehen Publikationen über verschiedene Länder, proletarische und gesellschaftskritische Belletristik, Massenmedien- und Kunstbücher ...; sie sind jeweilen thematisch geordnet.

Und so begann es

Und so begann es

Und so begann es

Das Tréppenhaus ist das Zeitungsund Zeitschriftenparadies. In den vielen
Ecken vergehen die Stunden oft zeitlos.
Der unmittelbare Kontakt mit all dem
Geschriebenen und die Verschiedenheit
der Bibliotheksbenützer sorgen für eine
menschliche, gemütliche Atmosphäre,
die in den oftmals steril anmutenden
Bibliotheken selten zu finden ist.

Art Verlag-Genossenschaft ihren Sitz.

Eine Bibliothek wurde von Theo Pinkus (Buchhändler und Antiquar) und Amalie Pinkus im Verlauf ihrer rund 50 jährigen politischen Tätigkeit zusammengebracht (der Grundstock konnte 1933 vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten in die Schweiz gerettet werden). Daraus wurde 1972, zusammen mit der Buchhandlung Pinkus & Co. und deren Liegenschaft, eine Stiftung geschaften, deren Ziel es ist, diese Bibliothek unabhängig von privaten Beseich und einer interessierten Öffentlichseit zugänglich zu machen. Durch Schenkungen wurde der Liegenschaftseit zugänglich zu machen. Durch Schenkungen wurde der Liegenschaftseit zugänglich zu machen. Durch Schenkungen wurde der Liegenschaftseit zugänglich zu machen. Durch Schenkungen wurde der Liegenschaftsbilden der Wildbachst. 48 möglich. Die Buchhandlung, die sich speziell mit Sozialismus, Arbeiterbewegung und revolutionären Befreiungsbewegungen ein nicht rückzahlbares Darlehen einer unabhängigen Genossenschaft (heutige Buchhandlung efinkus-Genossenschafts) übergeben. Der Zins für dieses Darlehen erfolgt in Form von Bücherlieferungen, womit der weitere Ausbau der Bibliothek gewährleistet bleibt. Ausserdem wird die «Studienbibliothek» durch Schenkungen der Verlage und

von privater Seite sowie Tauschverein-barungen mit andern Bibliotheken er-

Heute eine Fundgrube

Die «Studienbibliothek» besteht aus etwa 15 000 z. T. mehrbändigen Werken rund 85% in deutscher Sprache), einer Sammlung von Dossiers mit Broschüren und Kleinschriften und etwa 300 Zei-tungen und Zeitschriften, z. T. in grösse-ren, in sich abgeschlossenen Reihen, un-ter ihnen etwa die Hälfte laufende Abonnemente.

her ihnen etwa die Hälfte laufende Abonnemente. Hervorzuheben wären unter anderem die detaillierten Dokumentationen zur deutschen Arbeiterbewegung, europäischen Revolution von 1848, internationalen Arbeiterbewegung der I. bis III. Internationale, zum spanischen Bürgerkrieg, zu Russland und der Sowjetunion. Selten auch für westeuropäische Verhältnisse die Vielfalt an politischen und kulturellen Zeitschriften aus der DDR (darunter viele aus der Zeit des kalten Krieges). In den abgeschlossenen Zeitschriftenreihen sind unter anderen zu finden:

In den abgeschlossenen Zeitschriftenreihen sind unter anderen zu finden:
«Arbeiter Illustrierte Zeitschrift» (Berlin/Prag). «Commune» (Paris 1936),
«Neue Zeit» (Kautsky), seit 1945 «Neue Zeit» (Moskau), «Der Gegner» (1920),
«Die Gleichheit» (C. Zetkin, 1915–17),
«Ordine nuovo» (Gramsci, Reprint),
«Der Rote Aufbau» (Willi Münzenberg,
Berlin), «Humanité» ... Zu den Spezialitäten der «Studienbibiothek» gehört
eine Sammlung von mehr als 200 illega-

len, z. T. getarnten Schriften, die äusserlich als Roch- oder Heilmittel aufgemacht sind (z. B. Teebeutel- oder Backpulversäckchen). Sie stammen aus der Zeit des Faschismus in Italien, Österreich und Deutschland. Beinahe vollständig gesammelt (äusserst selten) liegt hier die «Arbeiter Illustrierte Zeitung» (AIZ) auf. Sie ist die erste und grösste Illustrierte der Arbeiterbewegung.
Die «Studienbibliothek» ist in eine Schlagwort-, Autoren-, und Archivkartei gegliedert, die meist kreuzregisteraritz zusammenhängen. Das Archiv mit Zeitungs- und Zeitschriftenmaterialien, Flugblättern und Broschüten (seit 1955 systematisch erfasst) wird heute laufend weitergeführt. Die oft mehrseitigen Archivstücke werden numeriert und in die Stichwortkartei enthält auch Verweise auf andere Archive.

Nach dem Muster einer echten Volksbibliothek

echten Volksbibliothek

Das Arbeiten in der «Studienbibliothek» unterscheidet sich von andern Bibliotheken: Man sucht und holt sich die Bicher selber. Sie sind in nach Stichworten getrennten Regalen aufbewahrt. Dies ermöglicht dem Benützer einen schnellen und guten Überblick, um andere Titel seines Themas zu finden. Die Zimmerangabe und die Gestellnummer können der Stichwortkarte in der Karte eintommen werden. Aus finanziellen und personellen Gründen werden in der Regel die Bücher und Archivstücke nicht ausgelehen. Auch sind manche der Stücke zu selten und zu wertvoll dazu. Bücher lesen und mit ihnen arbeiten kann man im Hause; Arbeitsplätze, wie die Möglichkeit zu photokopieren (im Nebenhaus) sind gegeben. Die Benützer sind meistens Studenten und Wissenschaftler, die aus allen möglichen Ländern kommen. Da die «Studienbibliothek»



keine Subventionen erhält, muss die anfallende Arbeit ausschliesslich ehren amtlich erledigt werden. Verschiedene Arbeitsgruppen, Fachleute und Studenten, betreuen und bearbeiten ein spezielles Gebiet autonom. Diese Gruppen sind offen, und Mitarbeiter sind jederzeit willkommen. Bestehende Gruppen befassen sich mit Frauenliteratur. Philosophie, Literatur, Massenmedien, Geschichte, verschiedenen Ländern ... Dadurch sind jedoch längst nicht alle Gebiete abgedeckt. Es wäre nötig, neue Gruppen zu bilden.

Die «Studienbibliothek» will weder Ersatz noch Konkurrenz zu den bestenden öffentlichen und lokalen Universitätsbibliotheken sein. Sie versteht sich als Alternativ- oder «Zweitbibliothek». Die Bestrebungen laufen in Richtung Archivkoordination, die keine örtliche Beschränkung kennt, sich also über alle Länder erstrecken kann. Verbindungen und Doublettenaustausch bestehen mit verschiedenen Archiven der Arbeiterbewegung in der BRD, der DDR, dem Thorez-Institut (Paris), dem internationalen Institut (ür Sozialgeschichte (Amsterdam). Wertvoll ist auch er Austausch auf der internationalen Tagung der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz.

Der Stiftungsrat der «Studienbibliohek» fördert auch die Herausgabe einer

Linz.

Der Stiftungsrat der «Studienbibliothek» fördert auch die Herausgabe einer
Schriftenreihe, in die wichtige Bücher

Dienstag: 9-13, Freitag: 14-19 oder nach telef. Vereinbarung: 55 44 36 oder 45 22 19

Während der angegebenen Öffnungszeit können sich auch Leute melden, die In-teresse haben, in der Studienbibliothek stunden- oder halbtagsweise mitzuarbei-

über die Geschichte der Arbeiterbewe gung aufgenommen werden. Bis jetz veröffentlichte Arbeiten sind:

Band 1: «Giustizia e Libertà», über eine antifaschistische Bewegung in Italien (Esther Modena, 1974)
Band 2: «Zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter», Quellenband (Autorenkollektiv, Limmat-Verlag-Genossenschaft, 1975)
Band 3: «Kritiker, Ketzer, Kämpfer»

Band 3: «Kritiker, Ketzer, Kämpfer»
 Das Leben des Arbeiterarztes Fritz
Brupbacher (Karl Lang, Limmat-Verlag-Genossenschaft, 1975)

Im House de Communication of the Comm

lag-Genossenschaft, 1975)

Im Haus der «Studienbibliothek» ist auch die «Studienvereinigung zur Geschichte der Arbeiterbewegung». Sie zählt sehon jetzt 80–90 Mitghieder (Gewerkschafter, Wissenschaftler, Studenten und aktive Leute aus der Arbeiterbewegung), die sich zum Ziel gesetzt haben, weiter zu forschen und dieses Wissen zu verarbeiten und zu popularisieren. Sue Meili

Öffnungszeiten:

12.
im letzten winter
ein und eine halbe million
allein in westdeutschland
fünfzehn millionen
in den westlichen
industrieländern
ungezählte millionen
kurzarbeiter

zum staunen ist daran ist daran nur dass es noch immer leute gibt die ein solches system für funktionsfähig

ein naturereignis indessen andere darüber nachzudenken beginnen ob es nicht an der zeit wäre ein paar hundert leute zu entlassen welche die macht haben millionen zu entlassen

jene manager die ihre unfähigkeit arbeit zu planen naturereignis verkaufen

Anmerkung

noch behaupte ich nicht

ich bin vorsichtig

sie hätten die arbeitslosigkeit geplant sie planen ja überhaupt nichts wahrscheinlich ist ihnen das alles wahrscheinlich trauern sie in ihren verinnerlichten häusern am stadtrand umgeben von humanismus und joseph beuys wahrscheinlich sind sie nicht böse sondern bloss

arbeitgeber bewilligt ihnen

unerbittlich eine neue produktionsweise

Copyright by Alfred Andersch, CH 6611 Berzona. Nachruck nur mit Genehmigung des Autors. Auszugsweiser Abdruck und Umstellungen des Zeilen-Umbruchs sowie der Abstände wird nicht gestattet.

Zwölf Strophen über die Arbeitslosigkeit

von Alfred Andersch 7.

es gibt nur zwei freiheiten die freiheit nicht arbeiten zu brauchen wenn einer keine lust hat zu arbeiten und die freiheit arbeiten zu dürfen wenn einer arbeiten will

die freiheit des managers einen zu entlassen der arbeiten will aibt es nicht

der die arbeit von einem anderen genommen hat hat nicht das recht wegzunehmen

allgemein bekannt ist angemen bekannt ist dass die welche arbeitgeber heissen diejenigen sind die sie nehmen während die welche arbeitnehmer heissen diejenigen sind die sie geben

5.

arbeitgeber wenn diejenigen die eure arbeit genommen haben euch zu viele gegenstände produzieren liessen so dass sie nicht mehr wissen wohin damit waren sie unfähig arbeit zu planer müssen also entlassen werden

das gibt es nämlich eine geplante und infolgedessen funktionierende volkswirtschaft in der jeder der arbeiten will arbeit findet

wenn es

wie es scheint nun zu viele autos

autostrassen autostrassen fernsehgeräte waschmaschinen fotoapparate polstersessel strümpfe pillen schnäpse zigaretten so muss die produktion umgestellt werden auf wohnungen die nicht schund sind kinderspielplätze theater konzerte konzerte und einrichtungen für sie intensive hochbezahlte landwirtschaft wälder freie natur reinheit des himmels des wassers und der erde und der erde reformen des schulwesens der medizin und der gefängnisse die anwendung der psychotherapie und dies alles nicht nur für uns sondern für die völker die hungern ein arbeitsplan ausreichend für – gering geschätzt zwei jahrhunderte vollbeschäftigung

arbeitgeber diejenigen die eure arbeit nehmen verhöhnen den gedanken an geplante arbeit als utopie wer soll das bezahlen fragen sie diese volkswirtschaftlichen nichtskönner mit ihrer spiessigen geldphilosophie geraphilosophie
lasst euch von ihnen
nichts vormachen
die finanzierung
gemeinsamer
öffentlicher profitloser ist überhaupt

kein problem

geld ist kein wert an sich sondern ein hilfsmittel seine produktion kann geplant werden geld ist ein teil

ich verzichte darauf darzustellen wie die arbeitnehmer leben welche profite sie einstreichen während ihre arbeitgeber arbeitslos sind sonst kommt mir die galle hoch sonst kommt mir die galie noch sogar eure arbeitslosigkeit arbeitgeber lassen sie euch selber bezahlen denn ihre beiträge zur arbeitslosenversicherung haben sie in ihre profite längst einkalkuliert längst einkalkuliert

10.

übrigens ist die krise künstlich inmitten dessen was sie rezession nennen schütten die manager dividenden aus wie noch nie

was eigentlich ist perverser als eine kündigung einer teilt einem anderen mit dass er nicht mehr arbeiten darf arbeitgeber den wisch bleib an deinem arbeitsplatz wirf den unfähigen der dir deine arbeit wegnehmen will aus der fabrik sie gehört nämlich denen die maschinen in gang setzen nicht denen die sie anhalten maschinen die maschinen die schweigend in werkshallen stehen und menschen die nicht arbeiten was für ein system

einen ruhigen lebensabend mit psychotherapeutischer behandlung ihrer aber richtet euch eine fähige

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon D (01) 4775 30, Postscheckkonto; 80-37626. Redaktion: Konnad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfas-sers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen. Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatich an allen Hochschu-len, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservato-rien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk: Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CTH-8023 Zürich, Tel. O (II) 47 34 00, Telex S5 235 1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte) Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 2: 21. 1. 77 seratenschluss

Bundesrat Hürlimann lehnt eine Qualitätsprämie für «Ernst S.»-Film ab

Die Entschliessung des Hans H.

Der Film «Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.» von Richard Dindo und Niklaus Meienberg erhält auf persönlichen Entscheid des Bundesrates Hürlimann und gegen die Mehrheit der Expertenkommission keine Qualitätsprämie des Bundes. Der Film, welcher dem Schicksal eines «kleinen» Landesverräters nachgeht ¹, hat erneut bewiesen, dass das dunkle Kapitel Schweiz im 2. Weltkrieg ein heisses Eisen ist. Die Recherchen der Autoren zeigen nämlich auf, dass damals die für den Schweizer Staat wirklich gefährlichen Leute in hohen Ämtern mit Samthandschuhen lichen Leute in hohen Ämtern mit Samthandschuhen angefasst wurden, während man unten bei relativ harmlosen Vergehen schnell exekutierte. Aber Bundes-

rat Hürlimann will von solchem nichts wissen, und er will dies nicht, indem er als Staat Schweiz in Person auftritt. So lässt er denn auch das heisse Eisen, welches der Film aus der Glut zog, mit Wirde zu Boden fallen und wirft den Filmautoren «Unausgewogenheit» vor. Wir drucken den ganzen Hürlimann-Brief an Richard Dindo ab, und Niklaus Meienherg antwortet in eigener Sache. Er fragt sich (und Hürlimann) schliesslich, wel-Sache. Er trägt sich (und Hurtimann) schliesslich, weiche prominenten Mächte mitgemischelt haben müssen,
dass der Bundesrat Hürlimann die Minderheit von 1
Experten gegen die Mehrheit von 13 Experten in der
Kommission unterstützen zu müssen glaubte.

Die Redaktion

fährlicher?

Eidgenössisches Departement des Innern

Sehr geehrter Herr Dindo

Sehr geehrter Herr Dindo,
Den von Ihnen für eine Prämie angemeldeten Film "Die Erschiessung des Landesverräters S." hat das Eidg, Departement des Innern den Begutachtungsausschüssen der Eidg, Filmkommission und der Stiffung Pro Helveita sowie der Jury vorgeführt. Zudem nahm ich die Gelegeneit wahr, den Film persönlich anzusehen und ihn mit Fachleuten eingehend zu diskutieren. Eine Mehrheit der Experten attestiert dem Film, dass er unter Verwendung filmischer Mittel eine eindrückliche Interpretation eines Teils der jüngsten Schweizer Geschichte darstelle, während eine Minderheit kritisiert, er manipuliere historische Ereignisse und bediene sich in einer unzulässigen Weise eines ideologischen Rasters, was schwerer ins Gewicht falle als die gestalterischen Qualitäten, Mit der Minderheit halten wir es nicht für vertretbar, den Film durch eine staatliche Qualitätsprämie auszuzeichnen.

Die Begutachtung durch Experten hat den Zweck, die politische Behörde von der Beurteilung künstlerischer Aspekte, für die sie nicht zuständig ist, zu entbinden. Dementsprechend stützen wir uns in der sichtelieben Wortsman Beurteilung künstlerischer Aspekte, für dies ein einkt zuständig ist, zu entbinden. Dementsprechend stützen wir uns in der asthetischen Wertung auf im Urteil un vorliegenden Fall handelt es sich aber um einen Dokumentarfilm über Vorkommnisse, die an die Existenz der Schweiz rührten und sich in einer Zeit abspielten, als der Landesverrat die drohende Gefahr kriegerischer Verwicklung noch erhöhte. Die Behörde, die durch ein Gesuch um eine Auszeichnung zur Stellungnahme veranlasst wird, kann angesichts des Dokumentarcharakters des Films nicht auf das filmkünstlerische Expertenurteil allein abstellen; sie hat auch die Anforderungen zu beachten, die an ein Dokumentarmwerk zu stellen sind. Dazu gehören Erwägungen der Billigkeit, der Gerechtigkeit und der Angemessenheit der Darstellung. Wir sind uns bewusst, dass ein Film dieser Art die Schweiz der Kriegszeit nicht verklärt darzustellen hat, sondern auch ihre Schattenseiten zeigen muss. Anderseits verlangt die Gattung des Dokumentarflims Tatsachentreue um Gerechtigkeit auch gegenüber jenen, die in Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht den Landesverrat zu ahnden hatten. Die Tatsache, dass sie hie dieser schwierigen Pflicht unterzogen, berechtigt nicht dazu, sie niedriger Gesinnung und unlauterer Beweggründe zu verdächtigen. Sie zu nuserem freiheitlichen Rechts-

Gesinnung und unlauterer Beweggründe zu verdächtigen. Es ist in unserem freiheitlichen Rechts-staat jedermann, der den Gründen und Motiven des Landesverrates nachgeht, unbenommen, aus den vorliegenden Fak-ten andere Schilüsse zu ziehen, als daraus bisher gezogen worden sind. Es ist auch jedermann erlaubt, nach der Richtlinie «Alles erklären – alles entschuldigen» De-linquenten in ein mildes

- 3 -

- 3-1
Licht zu rücken oder sie überhaupt zu evkulpieren. Unser Departement hat die erneute Beschäftigurg mit jenen Vorgängen ermutigt und ihr Vorhaben mit einem Produktionsbeltrag gefördert, aus der Erwägung, dass es erwünscht und nötig ist, sich darüber Rechenschaft zu geben, wie se überhaupt zum Landesverrat kommen konnte. Die Erhellung der Umstände, Hintergründe und Motive der Delinquenten führte Sie dazu, deren Händeln nachsichtiger zu beurteilen, als se im Zeitpunkt, als unser Land unter dem Eindruck tödlicher Bedrohung stand, geschäh. Im Gegensätz zur Nachsicht gegenüber den Delinquenen wird durch ihren Film unterschwellige Abneigung gegen bene geschört, die sich in Erfüllung ihrer Pilichten gegen die Täter zu exponieren hatten. Auch bei der kritischen Würdigung ihres Tuns sind die Zeitumstände und die Schwierigkeiten, in denen sich das Land befand, zu beachten. Ihr Film trägt diesem Anspruch nicht lerhen würdigung ihrer Pilichten gegen die Täter zu exponieren hatten. Auch bei der Mehren wird das Land befand, zu beachten. Ihr Film trägt diesem Anspruch nicht lerhen und volk verraten haben, und er distanziers sich von denen, die hre Pflicht erfüllten. Eine Pfämilierung des Films würde unter den gegebenen und standen nicht einfach als Auszeich-Licht zu rücken oder sie überhaupt zu exdes Films würde unter den gegebenen des Films würde unter den gegebenen Umständen nicht einfach als Auszeich-nung seiner künstlerischen Qualität ver-standen, sondern als Anerkennung der tatsachenwidrigen Unterstellung, der glei-

¹ «das konzept» druckte in Nr. 5/75 den Reportage-Text von Meienberg, welcher Ausgangspunkt für den Film war, ab. In Nr. 2/76 führte «das konzept» ein Gespräch mit den beiden Autoren über ihren Film. Jede Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich.

che Staat habe in höchster Not nach der Richtlinie gehandelt: Die Grossen lässt man laufen, die Kleinen hängt man. Lan-desverrat wurde unbesehen um Stand und Grad geahndet.

Die auch von den Experten geäusserten Bedenken in bezug auf historische Genauigkeit und Wahrhaftigkeit überwiegen gegenüber den künstlerischen Qualitäten des Films. Die politischen Gegebenheiten der Kriegszeit werden im Film in einer Weise vernachlässigt, die nicht nur in einer Fehlinterpretation mündet, sondern letztlich auf eine Manipulation iener Beletztlich auf eine Manipulation jener Be-völkerungskreise hinausläuft, die die im Film geschilderten Ereignisse nicht aus der persönlichen Erfahrung kennen kön-nen. Diese Einwände wiegen gegenüber

einem Dokumentarfilm besonders schwer, da diese Gattung die Fakten korrekt und aufgrund gesicherter Quellen darzustellen hat. Die Voraussetzungen für einen hervorragenden Film (Artikel 5 des Filmesestezes und Artikel 8 der Verordnung/1) erachten wir deshalb als nicht erfüllt wis sind daher gezwungen, Ihr Gesuch abzulehnen.

lehnen. Gegen diesen Entscheid kann von Ihnen aufgrund von Artikel 44ff. des Verwal-tungsverfahrensgesetzes innert 30 Tagen eine Beschwerde an den Schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Mit freundlichen Grüssen EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

11. Itisliman,

Offener Brief an Bundesrat H. Hürlimann

Ach, Herr Hürlimann,

Es ist nicht fein, es macht sich nicht gut, wenn ein direkt Betroffener seine Betroffenheit direkt zeigt. Aber nachdem nun Sie, hochverehrter Herr Bundesrat, «höchstselbst kulturpolitisch zugeschlagen haben» («Tages-Anzeiger»), möchte ich, geschätzter Hans Hürlmann, Ihr geschätztes Schreiben an Richard Dindo doch ein wenig kommentieren.

entieren. Sie haben uns bekanntlich Bundesgel-Sie haben uns bekanntlich Bundesgelder vorenthalten, haben uns eine Qualitätsprämie verweigert, welche «kein symbolischer Lorbeer, sondern – bei den hiesigen Produktionsbedingungen – ein direkter Herstellungsbeitrag ist», (eDie Weltwoche»). Sie haben damit drastisch ins filmische Schaffen der Schweiz eingegriffen: Es wird sich in absehbarer Zeit kein Autor mehr an heikle zeitgeschichtliche (und andere) nationale Themen mit einem Dokumentarilim heranwagen.

neikle Zeitgeschrächtliche (und andere) antömale Themen mit einem Dokumentarilim heranwagen. Regisseure wie Dindo, welche bisher dank staatlicher Subvention ganz knapp die Herstellungskosten decken konnten, ohne einen Rappen mit ihren Produktionen zu verdienen, ohne auch nur ein minimales Salar zu beziehen, werden in Zukunft die Hände von solchen Projekten lassen müssen Ach, Herr Hürlimann, nicht das Geld aus Ihrer eigenen Tasche, sondern das Geld der Steuerzahler wird Leuten wie Dindo vorenthalten werden, weil Ihren ganz persönlich dieser Film politisch missfält. Das macht für ums 35 000 Franken weniger: Mit diesem Betrag hätten wir die dringendsten Schulden zahlen können. Wir werden unsere Gläubiger also vorläufig an Sie verweisen.

Der Film gefiel den Experten

gefiel den Experten

Ihren Experten hat der Film übrigens gefallen; beinahe einstimmig, im Verhältnis 13 zu 1, haben sie die Prämierung des Filmes gewünscht. Den bundesrätlichen Eritscheid wird man deshalb mit dem 47ages-Anzeigers einer demokratischen Kulturpolitiks zuordnen müssen. Man wird ihn auch mit dem «Blick» peinlich finden dürfen oder besürzt sein könen wie die «Luzerner Neuesten Nachrichten». So richtig gerteut über die Nichtprämerung hat sich eigentlich nur Dr. Martin Schalppner in der «NZZ», allas Pappi Schlappn; welcher schon immer eminent hinterhältige andem Weite die «unerhört feingewobene Agitation» in unserm Film schrieb und mit welchem Herrn Sie den Film wohl derart «eingehend besprochen» haben, dass ihr Brief an Dindo und der Kommentar Schlappners in der «NZZ» sats wörtlich gleich tionen, auf weite Strecken. Wäre es nicht günstig, wenn ihre Briefe in Zukunft von Pappi Schlappi mitunterzeichnet würden? Das würde die Verhältnisse transparent machen Warum haben Sie den Film nicht ein

machen Warum haben Sie den Film nicht ein Warum haben Sie den Film nicht ein bisschen mit einem andern Bundes-Experten, mit Martin Schaub («Tagi») diskutiert? Herr Schlappner steht nämlich mit seiner extremen Ansicht in der Filmkritikerlandschaft ziemlich allein da, nur Fred Zaugg vom «Bund» leistet ihm noch Gesellschaft, während sozusagen alle andern bürgerlichen, will sagen liberalen Filmkritiker unserm Film einen demokratisch-fairen Geist bescheinigten. Mit Ihrem Entscheid haben Sie sich in dieser Frage an den rechten Rand des Bürgertums gestellt. Keine Rede mehr von «gesundem Mittelmass», von «Berücksichtigung aller

Standpunkte» und andern netten CVP-Schlagworten. Und Ihre Experten kön-nen Sie jetzt in die Ferien schicken: De-ren Expertisen bleiben nämlich folgen-los. Welche Lust, bei Ihnen Experte zu

L'Etat c'est moi, Hürlimann-le-magnifique

Aus Ihrem Schreiben an Dindo (Seite 3) geht hervor, dass Sie den Staat und die staatliche Vergangenheit (=Vergangenheit dieses Staates, wie sie der Staat gern sieht) durch unsere Arbeit bedroht



Herr Bundesrat Hans Hürlimann . . .

sehen und dass der Staat geschützt werden muss, indem der Film nicht prämiert wird. Sie gebärden sich, Herr Hürlimann, wie der ambulante Staat, wie der Staat schlechthin und an sicht. L'Etat c'est moi, Hürlimann-le-magnifque. Sie verhalten sich wie der alleinige akkreditierte Inhaber der historischen Wahrleit und nicht wie ein Diener des Staates, in welchem viele Ansichten über den historischen Wahrleit und nicht wie ein Diener des Staates, in welchem viele Ansichten über den historischen Wahrleit und nicht wie ein Diener des Staates, in welchem viele Ansichten über den historischen Wahrleit und nicht wie und gefälligst unsere Vergangenheit zu sehn resp. nicht zu sehen hat. Welches sind Ihre Qualifikationen als Historiker? Nun hat aber, jedem aufmerksamen Zuschauer ist das klar, unser Film nicht en Staat der Kriegszeit 1939/40 global und frontal angegriffen, und noch weniger die sogenannte Aktiwdienstgeneration, sondern wir haben Tendenzen herausgeschält, welche miteinander in Konflikt gerieten und welche Sie als oberster Bundeshistoriker seit dem Erscheinen von Alice Meyers «Anpassung und Widerstand» und seit Bonjours Berichterstattung sicher bestens kennen. Nie-



Bombardierung der Schweiz durch die Alliierten provozierte (siehe die Gespräche des brütschen Attachés Lomax mit Bührle im Bonjour-Bericht): ob diese drei bedeutenden Persönlichkein, welche straflos ausgingen, für die Sicherheit der Schweiz nicht gefährlicher waren als der unbedeutende, erschossene Ernst S. und seine vier den Deutschen verkauften Granate Existenz der Schweiz gerührt», wie Sie so schön schreiben? (Seite 2) Diese drei Mächtigen oder Ernst S.? Wer hat den «freiheitlichen Rechtsstaat» damals «aufs schwerste bedroht»?

Die Tatsachen nicht verfälscht

Der Historiker Bonjour sagt in unserm Film (auf die Frage, ob die Demarchen des Oberstkorpskommandanten Wille beim deutschen Botschafter als Landesverrat zu taxieren seien): «Landesverrat ist eine juristische Frage.» Das glauben wir auch: Nach dem Buch-



staben des Gesetzes konnte Ernst S. sehr wohl zum Tode verurteilt werden, das wurde von uns nie bestritten. Nur schimmert bei uns die zusätzliche Frage durch, ob solche Gesetze, die einen Wille leben lassen und einen Ernst S. töten, gute Gesetze seien und wem sin ützen. Wir haben es an keiner Stelle

Die sozialliberale Gruppe der Universität Bern führt am

Donnerstag, den 20. 1. 1977 in der

Aula der Universität Bern eine Veranstaltung mit dem und über den Film

«Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.» durch.

18.00 Uhr: Filmvorführung 20.00 Uhr: Diskussion. Eingeladen sind 18 Professoren und Bundesrat Hürlimann.

und Bundesrat Hürlimann.

des Filmes in bezug auf die Militärrichter, welche den S. zum Tode verurteilten, wissentlich an «Tatsachentreue und Gerechtigkeit» fehlen lassen. Das ist eine Unterstellung von Ihnen. Wir haben im Gegenteil allen am Prozess Beteiligten die Gelegenheit gegeben, sich frei und ungeschnitten zu äussern. Der Militärrichter und Korporal Germann, welcher damals für den Tod des Ernst S. stimmte, hat diese Gelegenheit ergriffen und uns nach einer Filmvorführung bestätigt, dass wir seine Ausserungen korrekt und unmanipuliert wiedergaben. Alt-Ständerat Dietschi, der als Mitglied der Begnadigungskommission die Begnadigung ablehnte, tritt ebenfalls im Film auf und hat ebenfalls inchts zu beanstanden gehabt.

Nur der katholisch-konservative Dr. Karl Eberle, Verwaltungsratspräsident des Benziger-Verlags, der damals als Ankläger den Tod für Ernst S. verlangte und mit dem Sie bekanntlich befreundet sind, wollte nicht im Film auftreten. Wir haben hin jedoch keineswegs niedriger Gesinnung und unlauterer Beweggründe verdächtigt», das ist schon wieder eine von Ihren Unterstellungen, sondern ganz im Gegentell haben wir him eine höhere Gesinnung attestiert, das heisst die Gesinnung auf das können wir nichts dafür. Vermutlich haben Sie auch unsere Bemerkungen über Ihren katholisch-konservativen Freund und Vorgänger, den Auch-Zuger Philipp Etter, nicht geschätzt, dessen ständestaatlich wir konnten Ihren «copain» nicht speziell schonen, nur weil er aus dem gleichen Kanton kommt wie Sie

Die Macht befreundeter Mächte

Machte

Ihr Brief an Richard Dindo tönt sehr platonisch, man hat den Eindruck, Sie hätten stark mit sich gerungen, bevor Sie sich den negativen Entscheid abrangen, Aber haben, nebst Ihrem staatsmännischen Gewissen, nicht auch einige konkrete Mächte bei Ihnen interveniert, so zum Beispiel Gustav Däniker jun, blährle jun, und die Familie Wille oder ihre vorgeschobenen Vertreter? Und hat nicht sogar Martin Schlappner vor einiger Zeit noch gesagt, Hurlimann wolle den Film schliesslich doch prämieren...? Das war jedoch noch vor dem makaberen «offenen Brief» der 18 Berner Professoren an den Bürgermeister von Mannheim, worin sich diese guten Schweizer über die Prämierung eines Schweizer Produkts im Ausland aufregten; wir haben ja damals den ersten Preis für die beste Sozialreportage gekriegt am Festival von Mannheim, wier Sie wissen. Man weiss auch, dass Herr Gnäg ganz ungehalten war über den Herstellungseitrag Ihres Departements an unsern Film; eine Qualitätsprämie hätte wohl das Fass im Schweizer schen Pentagon zum überlaufen gebracht und die Beziehungen zwischen Ihnen und dem Kriegsmigen zum Schleit zu Schweizer schen Pentagon zum überlaufen gebracht und die Beziehungen zwischen Ihnen und dem Kriegsmigen zu der Schweizer schen Pentagon zum über den Herstellungen zwischen Ihnen und dem Kriegsmigen zwischen Ihnen und dem Kriegsmigen zu der Schweizer schen Pentagon zum über den Herstellungen zwischen Ihnen und dem Kriegsmigen zwischen Ihr Brief an Richard Dindo tönt sehr

Fortsetzung auf Seite 4

1987 war das Verkehrsproblem gemeistert

Fortsetzung von Seite 1

Fortsetzung von Seite 1

Auto eweggenommen» (falls überhaupt eines vorhanden war!), gerade diese Schichten haben auch am meisten unter den negativen Auswirkungen des Autoverkehrs zu leiden gehabt. Die Bessergestellten waren da eher in der Lage, in ruhigere Quartiere oder Vororte auszuweichen. Immerhin scheinen sich aber doch gewisse soziale Spannungen daraus zu ergeben, dass das Autofahren nun been doch wieder eher ein «Sport» der Finanzkräftigeren geworden ist. Aber solche Spannungen können sich ja durchaus auch positiv niederschlagen. Ein weiteres Problem bildet die tendenzielle Benachteiligung der Landbevölkerung, da der öffentliche Verkehr in den dunnbesiedelten Gebieten naturgemäss nicht so attraktiv sein kann wie in den Ballungsgebieten. Bis zu einem gewissen Grade ist dieser Nachteil durch Finanzierung von neuen Buslinien und durch Fahrpreisvergünstigungen gemildert worden. Dennoch bleiben auf diesem Gebiet noch einige Probleme zu lösen.

Den Ausweg aus der Katastrophe . . .

Gesamthaft gesehen ist aber die Zwischenbilanz dieser Verkehrsentwicklung zweifellos und absolut eine positive. Umweltbedingungen und Lebensqualität haben einen entscheidenden Schritt nach der besseren Seite getan.

nach der besseren Seite getan.
Diese Bilanz gibt aber auch die Gelegenheit, einmal wieder aufzurollen, wie es eigentlich dazu gekommen ist. Man

«Privat»-Verkehr?

Der Individualverkehr hat mit der uer individualverkehr hat mit der räumlichen Trennung von Arbeits, Wohn- und Erholungsgebieten ein kaum mehr steuerbares Ausmass angenommen. Der Fahrzeugstrom verlangt entsprechende Verkehrs-anlagen. Das Auto wird zum Mass-stab der Stadt- und Landschafts-planung.

Durch die öffentliche Verwendung unterscheidet sich das Auto von anderen, für den privaten Ge-brauch hergestellten Waren. Von privatem Verkehr kann heute nicht mehr die Rede sein. Die Auswir-kungen auf Wirtschaft, Architek-tur, Landschaft oder allgemein auf die Umwelt sind ein Teil der Üffentlichkeit geworden.

Wann wird die Freiheit des einen zur Unfreiheit des andern?

(Zitate aus einer Photoausstellung «Verkehr und Umwelt» von Max Frey, Schüler der Photoklasse der KGS Zürich)

darf nicht vergessen, dass noch vor zehn Jahren kaum jemand an einen Ausweg aus den damals katastrophalen Zuständen geglaubt hatte. Man fühlte sich in einer Art Eigengesetzlichkeit des Automobilismus gefangen, in einem Teufelskreis, der nicht zu durchbrechen war. Die wenigen, die damals schon eine radikale Abkehr von der Ergebenheit in den Individualverkehr forderten, wurden als naive Spinner oder realitätsfremde Utopisten abgetan. Dara änderte auch die Erdölkrise von 1973 nicht viel, da deren aufrüttelnde Wirkung rasch wieder in der Ölschwemme unterging.

kung rasch wieder in der Otschweimie unterging.
Die erstaunliche Wende nahm ihren Anfang in der Mitte der 70er Jahre. Es war die Zeit, da das Versagen der bishe-rigen Verkehrspolitik immer offenkun-diger wurde und immer mehr ins Be-wusstsein der Bevölkerung drang. Die

Ach. Herr Hürlimann . . .

Fortsetzung von Seite 3

Fortsetzung von Seite 3
nister zu sehr strapaziert. Und schliesslich müssen Sie mit Kollega Gnägi
wöchentlich mindestens einmal verkehren, mit uns aber nicht; der Gruppenzwang hat wieder einmal funktioniert,
und auch der Klassenzwang.

Also dann, wir machen Rekurs an
en «Schw. Bundesrat», an den Gesamtbundesrat. Das Justiz- und Polizeidepartement muss den Rekurs prüfen
und dem Bundesrat zur Annahme oder
Ablehnung empfehlen. Vorsteher dieses
Departements ist Ihr CVP-Parteifreund
Gen Bundesrat zur Annahme oder
Dr. Kurt Furgler, der seinerzeit in Sankt
Gallen mit Dr. Karl Eberle (cvp.) zusammen ein Advokaturbüre hatte (Büro
Eberle/Hüppi/Furgler). Dreimal dürfen
Sie raten, was Herr Furgler dem Gesamtbundesrat einen besinnlichen Abend,
sieht sich kollektiv und in aller Ruhe
unsern Film an. Für Erläuterungen bin
ch gern zur Stelle, bin für ein paar
historische Fussnoten immer zu haben
und verbleibe, Herr weiland Oberst
i Gst Hürlimann, Ihr
Niklaus Meienberg
PS: Bald werden wir dank Ihnen wieder
sich bedenktierse Eberbaltisere Eites

PS: Bald werden wir dank Ihnen wieder ein bodenständiges, bodenhaltiges Film-schaffen haben in der Schweiz. Anne-Bäbi Jowäger, Bäckerei Zürrer und Schaggi Streuli sind wieder stark im Kommen, und der kritische Dokumen-tarfilm ist im Gehen.

Städte erstickten in stehenden Autokolonnen und Abpaswolken, der ständige und unaufhörliche Verkehrslärm war in weiten Gebieten zu einer regelrechten Landplage geworden, die Psychiater hatten alle Hände voll zu tun mit den Neurosen von lärmkranken Strassenanwohnern und verkehrsgestressten Automobilisten, und Blei- und sonstige Rückstände aus Autoabgasen vergifteten ganze Kulturen. Historische Bauwerke begannen unter dem Einfluss der

mobilisten, und Blet- und sonsuge Rückstände aus Autoabgasen vergitteten ganze Kulturen. Historische Bauwerke begannen unter dem Einfluss der Erschütterungen und Abgasbelastungen zu zerfallen, Städte und Dörfer verloren durch den grossdimensionierten Ausbau von Verkehrswegen in Tesicht und ihre Wohnlichkeit, Autobahnen und Hochleistungsstrassen machten ganze Landstriche unbrauchbar.

Die Zeitungen waren voll von verschrspolitischen Beiträgen aller Schattierungen, und die politischen Instanzen wussten weder aus noch ein. Damit die Bundesbehörden nichts Tapferes tun mussten, setzten sie als Albi eine sogenannte Gesamtverkehrskommission ein, die nach ein paar Jahren geheimnisvoller Arbeit einige unverbindliche Weisheiten von sich gab, wie «wesensgerechte Aufteilung zwischen Schiene und Strasse», «Förderung des öffentlichen Verkehrs» und dergleichen mehr. Diese Erkenntnisse gehörten sehon eine Weile zu den allgemeinen Volksweisheiten Erkenntnisse gehörten schon eine Weile zu den allgemeinen Volksweisheiten und halfen mangels konkreter Realisie-rungsvorschläge nicht weiter.

. brachten die Autofanatiker selbst

Autofanatiker selbst
Lippenbekenntnisse für den öffentlichen Verkehr wurden zwar wohlfeil
wie Nüsse herumgeboten, aber wirkliche
Taten waren so selten wie ein goldener
Nusskern. Indessen wurden weiterhin
Strassen, Parkhäuser und Autobahnen
gebaut (um die Finanzierung brauchte
sich niemand zu kümmern), der Autoverkehr nahm fröhlich zu, und die
öffentlichen Verkehrsmittel wurden
weiterhin teurer oder schlechter oder
beides zusammen.

weiterhin teurer oder schlechter oder beides zusammen.
Die Interessengruppen aus Wirtschaft und Autogewerbe organisierten sich, und die Automobilverbände ihrerseits verteidigten jedes Gran motorisierter Freiheiten mit einer Besessenheit sondergleichen quasi als Grundpfeiler der demokratischen Ordnung. Zwar konnten nicht alle von diesen segensreichen Freiheiten profitieren, aber die «Unfreien» wurden dafür in echt demokratischer Maniet um ein mehr an den wessti

Freiheiten profitieren, aber die «Unfreien» wurden dafür in echt demokratischer Manier um so mehr an den negativen Auswirkungen beteiligt.

Das einzige, woran sich die Macher der bürgerlichen Verkehrspolitik wirklich stiessen, waren die steigenden sogenannten «Defizite» in den Betriebsrechnungen der öffentlichen Verkehrsunternehmungen. Namentlich die Vertreter ehmungen der Steilenben verwascherprinzip, und es solle jeder Verkehrsteilnehmer für die Kosten aufkommen, die er verursache. Dabei dachten sie nur an die Bahn-, Tram- und Busbentützer, und die zu das wurde ihnen zum Verhängnis.

Die Umkehr-Idee

Die Umkehr-Idee

Eines Tages sagte sich nämlich der damalige Verkehrsminister, dem die Eisenbahn seh am Herren lag: Gut, gut, ich will euch als Verursacherprinzip lehren. 1977 nief besagter Minister, unter Berufung auf den Umweltschutzartkel in der Bundesverfassung, das Anstitut zur qualitativen und quantitativen Bernessung von Umweltbeinrächtigungen (12-BuB) ins Leben.

Als erstes sollte das 10-BUB gleich eine Studie über die «Belastung der Umwelt durch den Verkehr» erarbeiten, mit dem Auftrag, für jedes Verkehrsmittel vom Velo bis zum Jumbo-Jet die spezifischen Belastungswerte zu ermitteln, und zwar bezüglich Energieverbrauch, Schadstoffagbage, Lämmbgabe, Raumbeanspruchung und – in extensiver Auslegung des Begriffs Umweltbeeinträchtigung – auch bezüglich Unfallopfen.

Ein Jahr später lag diese Studie bereits vor 1. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse in finanzielle Belastungen «umgemünzt». Die politische Idee war die: Jedes Verkehrsmittel soll entsprechend den Umweltbeeinträchtigungen, die es verursacht, mit verschiedenen, abgestuffen Abgaben belastet werden. Bei den schwerwiegenden Einwirkungen, wie Lärm, Luftverschmutzung usw. sollen diese Abgaben nicht nur gerade die direkt nachweislichen Kosten decken, sondern «hemmenden Kosten

verschmutzung. Alle diese Verkehrsabgaben fliessen Alle diese Verkehrsaugaden messen in einen sogenannten «Verkehrsfonds»; dieser Fonds wird einerseits dazu verwendet, verkehrsbedingte Umweltschutzmassnahmen zu treffen, andererseits aber auch dazu, die umweltfreundlichen Verkehrsmittel durch Ausbau und Verbilligung zu fördern, wie weiter

Eine solche Studie «Belastung der Umwelt durch den Verkehr» ist 1973 im Auftrag des Eide, Amtes für Verkehr vom Ingenieru- und Planungsbüns-sel er & Hofmann in Zürich tatsächlich ausgearbeitet worden. Die in diesem Artikel angeführten Werte basieren auf dieser Studie.

vorn ausführlich geschildert. Das Ganze ist geregelt im *Bundesgesetz zur Einführung einer allgemeinen Verkehrsabgabe nach dem Verursacherprinzip» vom Juni 1979 (von TCS und den Freisinnigen heute als «schwarzer Juni» bezeichnet). Die meisten Verkehrsabgaben werden nach der effektiven Fahrletstung erhoben. Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln werden sie anhand der Jahresabrechnungen berechnet, beim Individualverkehr über den Benzinpreis eingezogen. vorn ausführlich geschildert. Das Ganze

verkehr über den Benzinpreis eingezeigen.

Eine ausführliche Darstellung der Berechnungsgrundlagen dieser Verkehrsabgaben würde den Rahmen dieses Artikels weit sprengen. Zur Vorstellung der Grössenordnungen möchte ich hier aber kurz auf einige Angaben im Personenwerkehr eingehen, vor allem im Vergleich Personenwagen-Eisenbahn Tram/Bus. Alle Angaben sind auf einen Personenkilometer (Pkm) mit dem betreffenden Verkehrsmittel bezogen.

Energieverbrauch

Energieverbrauch

Beim Personenwagen (PW) beträgt der Verbrauch 650 kcal/Pkm, bei der Bahn 80 kcal/Pkm (also 8× weniger), beim Tram 95 und beim Bus 200 kcal/Pkm (alles Mittelwerte). Ein Fussgänger verbrauch 75 kcal/km. Nach dem Gesetz wird nun der Verbrauch von mehr als 100 kcal/Pkm besteuert, und zwar mit 5 Rappen pro 1000 kcal. Bahn und Tram bleiben also steuerfrei. Ein Bussasgier kostet über 10 km 5 Rappen, ein PW-Insasse 27 Rappen. Für PW wird grundsätzlich mit einem mittleren Benzinverbrauch von 10 1/100 km und einer Besetzung von 1,5 Personen gerechnet. Das ergibt einen Benzinpreisaufschlag von –,40 Fr. pro Liter.

Luftverschmutzung

Buchstäblich am schwersten wiegt die Schuld der Autofahrer bei der Verun-reinigung von Luft und Boden, die nach Gewicht bemessen wird. Das Verhältnis lautet auf 40:1 für den elektrischen und 10:1 für den übrigen Kollektivverkehr. Oder absolut ausgedrückt: Das Auto gibt (im Stadtverkehr) 114 g Schad-stoffe pro Pkm ab, ein Autobus 11 g/

Strasse. Auf einen Schienentoten fallen 9 Strassentote (immer auf dieselbe An-zahl Personenkilometer bezogen). Ein grosser Teil der Unfallfolgeko-sten ist durch die Versicherungsprämien nicht gedeckt, z. B. Produktionsausfälle, Invalidenrenten, Spitaldefizite, ganz ab-gesehen von den nicht bezifferare immateriellen Werten. Entsprechend



Automobil-Club-Philosophie

der Verursacherquote werden 10 Pkm im öffentlichen Verkehr mit 4 Rappen belastet, 10 Autokilometer mit 70 Rap-pen. Die Beträge werden erstens zur vollständigen Deckung der Unfallkosten erwendet, zweitens zur Unfallwerhü-tung durch Sanierung von Gefahrenstel-len, Ausbau von Sicherungsanlagen und Verhinderung von unfallträchtigem Ver-kehr (d. h. Förderung des unfallarmen).

Gesamte Verkehrsabgabe

Die Verkehrsabgaben für Auto, Bus, Tram und Eisenbahn setzen sich also folgendermassen zusammen:

	Bus (Fr. je	Bahn, Tram 10 Pkm)	Auto (Fr./Liter)	
Energie Luftverschmutzung Lärm (ohne Fixbetrag) Platzbedarf Unfälle	05 05 02 05 04	 03 03 04	40 1.50 1.— 40 70	
Total	21	10	4.—	
Aufschlag auf die bisherigen Transportkosten ca	8%	5%	133%	

Pkm, Eisenbahn, Tram und Trolleybus lediglich 2-3 g/Pkm. (Gewichtet berücksichtigt wurden Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe, Stickstoffoxide, Schwefeldioxide, Blei, Russ und Staub.) Der extremen Unterschiede wegen erfolgt die Besteuerung nach einer progessiven Skala. Pro Liter Treibstoff ergibt sich ein Zuschlag von 1.50 Fr.; ein Buspassagier müsste 15 Rappen auf 10 km entrichten, während Bahn und Tram «strafffrei» ausgehen. «straffrei» ausgehen

Zweigeteilter Lärmtarif

Zweigeteilter Lärmtarif
Neben der Luftverschmutzung ist der
Lärm wohl die schlimmste Auswirkung
des Verkehrs. Etwa die Hälfte der
Schweizer Bevölkerung leidet unter
Verkehrslärm, der in schweren Fällen
nachweislich zu Gesundheitsschädigungen führt, bei Kindern sogar zu Entwicklungsstörungen.

Eine Besteuerung des Lärms beim
Strassenverkehr allein über den Benzinpreis wäre ungerecht, da die starken
Unterschiede zwischen den verschiedenen Fahrzeutgyben nicht berücksichtigt werden. Andererseits produziert
aber auch das leiseste Auto noch störenden Lärm, und wenn es nur die Rollgeräusche sind. Zudem nehmen mit der
Geschwindigkeit Lärm und Benzinverrauch zu. Die Lärmbesteuerung erfolgt
deshalb über einen fahrzeugabhängigen
Fixbetrag und über einen gebrauchsabhängigen Benzinzuschlag. Der Fixbetrag
ist so bemessen, dass sich für den Fahrzeughalter die Kosten für Dämpfungsmassnahmen am Fahrzeug unbedigt
Johnen. Er beträgt 100–500 Fr. pro Jahr
eit Personenwagen und bis 2000 Fr. bei
Latswagen, Strassenbahnen usw.

Der Treibstoffzuschlag ist auf 1 Fr.
beim Benzin und 2 Fr. beim Diesel festgesetzt. 10 Pkm im Bus werden mit 2
Rappen, in Tram und Zug mit 3 Rappen
belastet. (Stark gwichtet wurden die
zeitliche Verteilung des Lärms und die
Art seines Auftretens: Beim Kollektivwerkehr regelmässig und kurz, beim Individualverkehr unregelmässig über die
ganze Zeitdauer.)

Raumbeanspruchung

Ein Automobilist beansprucht fünfbis neunmal mehr Raum als der Benützer eines öffentlichen Transportmitiels. Die Raumsteuer ist auf 15 Rp. pro 100 qm angesetzt. Auf 10 km macht das beim Massenverkehr 3 bis 5 Rappen aus, beim Auto 40 Rp./Liter.

Auf eine im Schienenverkehr verun-fallte Person (verun)fallen 50 auf der

Diese Verkehrsabgaben beruhen im Prinzip auf einer Gleichbehandlung Kollektiv- und Individualverkehr. Nun sit es aher so, dass der Benützer des öffentlichen Verkehrs in der Regel wesentlich grössere Unannehmlichteiten auf sich nehmen muss als der Privativerkehrer: Er ist an den Fahrplan gebunden, hat Ammarschwege bis zu den Haltestellen, muss dort warten, der Witterung ausgesetzt, hat unter Umständen keinen Sitzplatz, muss mitsamt seinem Gepäck umsteigen usw.

Zum Ausgleich dieser Komfortunterschiede schien es gerechtfertigt, beim öffentlichen Verkehr auf die verhältnismässig ohnehin geringe Verkehrsabgabe zu verzichten (mit Ausnahme des Luftverkehrs, der mit Energie, Luftverschmutzung und Lärm auch nicht nicht gerade sparsam umgeht).

Die Erhöhung des Benzinpreises um 4 Franken ist in jährliche Schritte von 50 Rappen aufgeteilt worden, um allseits eine Übergangszeit für die notwendigen Umstellungen zu gewähren.

Die politische Durchsetzung

Das schwierigste Unterfangen war natürlich die politische Durchsetzung dieser Verkehrsabgaben. Immerhin war der verfassungsmässige Auftrag dazu seit 1971 vorhanden:

«Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche und lästige Einwirkungen. Er bekämpft insbesondere die Luftverunreinigun und den Lärm.» (Art. 24septies BV).

Voilà. Und Artikel 8 des Strassenver-

«Der Bundesrat trifft die Massnahmen zur Vermeidung von Lärm und anderen schädlichen und lästigen Auswirkungen des Fahrzeugverkehrs.»

des Fahrzeugverkehrs.»

Päng! Es konnte also losgehen. Da es dem rührigen Verkehrsminister schon bei der Schaffung des IQ-BUB gelungen war, die bürgerlichen Parteien zu einer Grundsatzerklärung für das Verursacherprinzip zu bewegen und 1979 ein Wahljahr war, mussten sie sich wohl oder übel an ihr Versprechen halten.

Ja, und wenn die Leute von 1977 noch nicht an Kohlenmonoxid erstickt, überfahren worden, einem Herzinfarkt erlegen oder im Irrenhaus gelandet sind, dann leben sie heute noch und freuen sich an diesem schönen Märchen.

Beat Schweingruber

Nachbemerkung des Ketzers

des Ketzers

Ich bin mir bewusst, dass diese Geschichte von der Umstrukturierung des Verkehrs mehr oder weniger Utopie ist; dass die Realisierungschance für ein derartiges Konzenf fast gleich Nüll ist.
Ich bin mir auch bewusst, dass das es hier zum Ausdruck kommt. Dass es letztlich auch um Fragen der Siedlungsstuchtur und -politik geht. Man müsste, um nur einige Beispiele zu nennen, auch Massnahmen gegen die Shopping-Centers auf der grünen Wiese treffen. Man müsste aufhören, Einfamilienhaus-Siedlungen zu bauen. Man müsste die fund nüsste aufhören, Einfamilienhaus-Siedlungen zu bauen. Man müsste dei gunnen die Keigangig machen.
Es geht vielleicht um die Grundsatzfrage, ob «das Rad der Geschichte zurückgedreht» werden kann. Es wird auch schwierig, aber weniger schwierig sein, die Automobildichte zu senken. Es genügt nicht, angesichts von 2 Millionen Moiorfahrzeugen von der Tatsache einer vollmotorisierten Schweiz» zu faseln, wie das kürzlich aus bundesrätlichem Mund zu hören war, und dann genügsam (oder genüsslich?) die Hände in den Schosz zu legen.
Es gibt keine vollmotorisierte Schweiz, wird geben können. Es wird immer eine ansehnliche Anzahl Menschen gehen, die - freiwillig oder unfreiwillig – über kein Motorfahrzeug verfügen. Und wenn der Anteil dieser Menre Schweiz? serne Bedürfnisse um Rechte noch mehr als bisher mit Füssen getreten werden.

Die Frage ist nicht nur Wie viele Autos hab en wir in der Schweiz?

noch mehr als bisher mu russen geuena-werden.
Die Frage ist nicht nur: Wie viele Aulos haben wir in der Schweiz? Sondern auch: Wieviel fahren diese Aulos herum? Und wie viele Aulos wer-den es in zehn Jahren sein? Mehr? Oder weniger?
Wenn der zerstörerische Individual-verkehr tatsächlich eingedämmt werden soll, dann gibt es nur zwei Möglichkei-ten:

ten:
1. Dirigistische Massnahmen (Verbote);
sie sind äusserst schwierig durchzuführen

1. Dirigistische Massnahmen (Verbote); sie sind äusserst schwierig durchzuführen und zu kontrollieren.

2. Eine massive Verteuerung der unerwinschen Verkehrsarien, am besten verbunden mit einer zielgerichteten Beschränkung des Verkehrsraumes.

Oder man lässt eben weiterhin alles seinen Lauf nehmen und wartet auf die endgiltige Ölkrise.

Ich habe hier einmal die zweite Möglichkeit durchgespielt. Eigentlich weniger in der Meinung, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen, als es vorwärts zu drehen. Aber «vorwärts sis eben auch nicht für alle Leute dasselbe.

Beat Schweingruber

PS: Die im Artikel verwendeten Anga-ben über die Umweltbelastung durch die verschiedenen Verkehrsmittel sind wis-senschaftlich erarbeitet und entstammen der in der Fussnote erwähnten Studie. Einzig die hier dafür eingesetzten Tarife sind teilweise nach politischen Kriterien festgesetzt und solchermassen diskutier-bar.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion les werte Publikationen ausserhalb der kom ziellen Produktion vor.

Texte zur Armee

Texte zur Armee

Das Soldatenkomitee Bern gibt folgende Broschüren heraus:
«Rechtshilfe in der Armee» (Wie eine Beschwerde schreiben/Hirschy-Befehl/schaffer Arrest ist illegal/waffenloser Dienst?/Arbeitslosigkeit u. a.).
«Die Rekruten wehren sich» (Rekruten erzählen von ihren Widerstand gegen die Armee).
«Diskussionstexte zur Armee» vom SK Bern (Funktion der Armee)Parteien zur Armee/Zivildienst/Wie vorgehen in der RS?/Das Entstehen der Soldatenbewegung usw.).
Zu bestellen für je 2.50 Fr. beim Soldatenkomitee Bern, Postfach 4038, 3001 Bern.

Revolution für die Freiheit

Revolution für die Freiheit
Oder «Stationen eines politischen
Kampfes» erzählt die Geschichte von
Paul und Clara Thalmann, zweier Altrevolutionäre aus Basel.
Paul Thalmann, geb. 1901 in Basel,
ist Absolvent der Arbeiteruniversität in
Moskau, Journalist (Basler «Vorwärts»,
Schaffhauser «Arbeiterzeitung»), Spanienkämpfer und aktiver Antifaschist.
Clara Thalmann, geb. 1908, ebenfalls in
Basel, fährt 1936 als Schwimmerin an
die Arbeiterolympiade anch Barcelona.
Vom Franco-Putsch überrascht, engagiert sie sich an der Aragon-Front. 1937
werden beide als «Faschisten» von der
stallmistischen GPU (Geheimpolizi) verhaftet, entkommen nach Paris, wo sie
ihren Kampf gegen den Faschismus fortsetzen.
Die beiden Lebenssofährten schildere

ihren Kampf gegen den Faschismus rorsetzen.

Die beiden Lebensgefährten schildern
in einem spannenden und geistreichen
autographischen Bericht ihren politischen Kampf, der im Spanienkrieg seinen Höhepunkt findet.
Der ursprüngliche Text, der 1974 im
Walther-Verlag erschienen ist, wurde
unn neu im Verlag «Association», Hamburg, aufgelegt und um einen weiteren
Teil ergänzt, der den Kampf in der Pariser Resistance beschreibt.

Lackmusprobe Cincera

Beinahe alle paar Sonntage böte die direkte Demokra-tie schweizerischen Zuschnitts dem Bürger Gelegen-heit, an der Urne Farbe zu bekennen. Weit mehr als eine Abstimmung hat der Fall Cincera die Konturen der politischen Landschaft deutlich gemacht, Diskus-sionen provoziert, Fronten geklärt, die Leute dazu gebracht, Farbe zu bekennen. Der Fall Cincera ist eine

bracht, Farbe zu bekennen. Der Fall

«das konzept»: «Watergate in Zürich»

war eine beliebte Schlagzeile der Presse.

Jürg Frischknecht: Mit den Schlagzeilen hört der Vergleich zu Watergate

ber auch schon auf. Schlagzeilen sind

billig, Fakten sind teuer. Watergate
titel kosten nichts. Aber es würde die

Anstrengung entsprechend bezahlter

Journalisten kosten, hart am Ball zu

bleiben und die letzten Winkel der Dunkelkammer Cincera so gründlich auszu
leuchten, wie das die amerikanischen

Massenmedien bei Watergate getan

haben. Doch in der Schweiz haben der

Enthüllungsjournalismus und das harte

Recherchieren leider keine Tradition.

Im fernen Amerika, im Auslandteil, be
wundert man den Watergate-Journalismus und die «selbstreinigende Krafts
daheim in der Schweiz, im Inland- und

Lokalteil, hütet man sich davor, diesen

Journalismus zu praktürieren. Dabei

würde es an Übungsfällen wahrlich nicht

mangeln.

Schlagzeilen statt Fragen

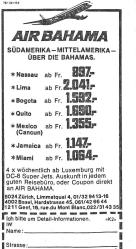
Schlagzeilen statt Fragen
Mit andern Worten: Cinceras Dunkelkammer ist noch nicht ausgeleuchtet?
Eine sensationsgeile Presse hat die
ersten DM-Enthüllungen über Cincera
eigerig aufgenommen und die Erwartungen hochgespielt. Erwarten und warten
– das war die Devise mancher Redaktoren. Sie sassen in der warmen Redaktoren. Sie sassen in der praferen Lust
und Interesse, Cincera und seinen Kumpanen wirklich auf den Pelz zu rücken.
Hat jemand die «Wirtschaftsförderung»
gefragt, ob sie Cincera noch immer unterstütze? Hat jemand den professionellen Informationsverhinderer Mörgeli im
EMD dazu gebracht, die Komplizenschaft Cincera-Oberfeldartz zu kommentieren? Hat jemand die politische
Polizei des Kantons Zürich mit harten
Fragen bedrängt, nachdem bekanntgeworden war, dass Cincera-Unterhund
Willy Matzinger auch diese Amtsstelle
beilder Augen zudrückt, wenn der Her
Oberstleutnant klassifizierte Militärdokumente in ziemlich öffentliches
Archiv eingliedert? Und so weiter.

Du kritisierst, ein Teit der Presse habe
us lahm und zu laut reagiert, Wie er-

Rumente in ein ziemlich oftentliches Archiv eingliedert? Und so weiter.

Du kritisierst, ein Teil der Presse habe zu lahm und zu laut reagiert. Wie erklärst du dir, dass Samuel Sigrist, Chefredaktor des «Aargauer Tagblatts», den Fall Cincera als einen «Fall Massenmedien» hinstellte, womit er meinte, die Medien hätten sich kritiklos vor den DM-Karren spannen lassen?

Man soll nicht alles ernst nehmen, was S. S. schreibt. Er gehört zu jenen standhäften Schreibern, die sich durch Fakten und Argumente nicht von ihrer vorgefassten Meinung abbringen lassen. S. S. hat sich geärgert, weil viele Zeitungen dem Cincera-Skandal jenen Platzeingeräumt haben, der ihm auch gebührte. Wenn ein prominenter Freisiniger und hoher Offizier einen Para-Staatsschutz aufbaut und damit den Rechtsstaat mehr unterhöhlt als all seine Kartei-Subversiven zusammen, so ist Rechtsstaat mehr unterhohlt als all seine Kartei-Subversiven zusammen, so ist das in einer Gesellschaft, die sich offen und demokratisch nennt, ein erstrangi-ges Politikum. (Das die Zeitungen übri-gens nur deshalb als Politikum abhan-deln konnten, weil das DM mit den Akten nicht sofort zur Bezirksanwalt-



Lackmusprobe für die Frage, wie es die Bürger dieser Schweiz mit den demokratischen Freiheitsrechten hal-ten. Wir diskutierten diese Frage anhand der öffent-lichen Reaktionen zum Fall Cincera mit unserem Mitarbeiter Jürg Frischknecht, der als Mitglied des «Demo-kratischen Manifests» (DM) an der Aufklärung der Eiterbeule Cincera beteiligt war.

schaft gelaufen ist, die bekanntlich für ein Politikum nicht zuständig ist.) Sigrist und andere hätten Cincera gern auf kleinerer Flamme gekocht, weil sie diese Figur offenbar für nützlich und wichtig ansehen, auch wenn sie sich etwas genieren, das direkt und unverblümt zu sagen. Einmal mehr hat sich übrigens gezeigt, dass die S.S.-Zeitung aus Aarau eine Art Leithammel der Zeitung rechts der «NZZ» ist.

Rechtspresse: Cincera entlasten

Was gibt es rechts der «NZZ»?
Eine ganze Reihe von Zeitungen, vor
allem auf dem Lande. Den Namen Zeitung verdienen sie eigentlich nicht, wie
die Cincera-Affäre gezeigt hat. Zeitung
ist ja gleichbedeutend mit Neuigkeit, mit
Nachricht. An Nachrichten und Infor-



Voller Sorg' und Not blickt das Bürger-tum um sich, was da mit seinem Image angestellt wird. (Zeichnung: G. Doré)

angestellt wird. (Zeichnung: G. Doré)
mationen waren diese Zeitungen indessen gerade nicht interessiert. Es gin ihnen nicht darum, über den Fall Cincrea umfassend zu informieren, sondern darum, abzudenken, Entlastungsartikel zu bringen, für Cincera zu mauern. Das war nicht Information, sondern schlecht verstecktes Interesse.

An Lieferanten von neutral präsenterten Entlastungsartikeln fehlte es nicht: die Schweizerische Politische Korrespondenz (SPK), ein von der Wirtschaft ausgehaltener Artikel- und Nachrichtendienst, der Freie Korrespondenzdienst (FKD) des Sagerschen Ostinstituts, Oberst Däniker aus dem Hause Rudolf Farner und schliesslich eine Kompanie Cincera-Freunde, die, vier Vorlagen von Hans Scharpf vor Augen, fleissig Leserbriefe ab- und umschrieben.

Ich nenne diese Zeitungen Reflex-

schrieben.

Ich nenne diese Zeitungen Reflexpresse. Ihr hervorstechendes Merkmal
sind nicht harte Informationen und
nüchterne Analysen, sondern der
dumpfe und nicht selten dumme Reflex,
das Anknüpfen an langjährig gepflegte
Vorurteile.

das Anknüpfen an langjährig gepflegte Vorurteile.

Und die «NZZ»?

Die Redaktion an der Falkenstrasse hat den Parteifreund Cincera nicht fallengelassen, wie oft behauptet wurde, sondern bereits seit Jahren immer wieder kritisiert. Zum Beispiel formulierte Hanno Helbling, von Cinceras Architvaren mit dem Vermerk «Links gefährbt registriert, die Kontraproduktivität von Cincera so: Kurt Marti habe den Staatsschutz-Aktivismus à la Cincera «als Gehar für das politische gesellschaftliche Klima der Schweiz bezeichnet. Mit einigem Recht. Der Arzt, der hinter jeden Husten eine Tuberkulose vermutet, macht die Patienten nervös – fürs erste wenigstens; auf die Dauer macht er sie wohl (was schlimmer ist) sorglos. Dank den Enthüllungen des DM konnte die «NZZ» die «sestlasmen Methoden» ihres Parteifreunds statt in subtilen Nebensätzen nun in seitenfüllenden Artikeln kritisieren.

zen nun in seitenfüllenden Artikeln kritisieren.

Ist es dem Manifest gelungen, die «NZZ» als Verbündete zu gewinnen?

Es ist kein Witz, aber es gibt tatsächlich Leute, die das meinen. Im «Abendland» beklagte Cincera-Hausfreund Ernst R. Borer «die widerliche Kameraderie eines Teils der bürgerlichen Presse». Der Redaktor der «Stumme der schweigenden Mehrheit» war von der «NZZ»-Haltung «schmerzlich berührst und suggerierte gar, die «NZZ» könnte von KBG-Agenten durchsetzt sein. Nun, die «NZZ» ist halt nicht das Sprachrohr wildgewordener Kleinburget. Sie operierte wie das Wertbebürget. Sie operierte wie das Mertbebürget. Sie operierte wie das Manifest massiy angriff.

a beteiligt war.

Die Stossrichtung von «NZZ» und Farner-Aktion war: Linke (Sozialdemokraten), distanziert euch von den Linksextremen! Es ist weder neu noch aufregend, dass der «NZZ» die SP nur so lange lieb ist, als man sie am bürgerlichen Gängelband kontrollieren kann. Die Distanzierungsforderung der «NZZ» at absurd und läuft darauf hinaus, die zu ächtenden Linksextremen von den Freiheitsrechten auszuschliessen. Es liebt nun mal in der Natur der Sache, dass «Linksextreme» den Abbau demokratischer Rechte früher zu spüren bekommen als vielleicht ein SP-Mitglied oder gar ein «NZZ»-Redaktor. Deshalb wehren sie sich zusammen mit allen entschlössenen Demokraten und nehmen die Gesellschaft beim Wort, die immer wieder betont, die Freiheitsrechte würden für alle gelten.

Engagement ist nicht gefragt

Engagement ist nicht gefragt
Hast du eigentlich nur die «NZZ» und rechtsbürgerliche Blütter gelesen?
Mich interessiert halt die Innenarchitektur der Bürgerstube. Aber gehen wir einen Schritt nach links zum «Tages-Anzeiger». Objektiv gilt dort (und anderswo), was ausgewogen ist. Nach TA-Massstäben scheint jener der Wahrheit am nächsten, der Hiebe und Kritik immer schön auf beide Seiten ausgewogen verteilt. Unwenn die Wirklichkeit einmal nich aus Gewegen-Productin part Himmel stinken? Deuts fällt dem TA-Mammel schoen von den Hack ein, damit die hochwohllöbliche Ausgewogenbeit nicht aus Gewegen-Productin part Himmel stinken? Deuts fällt dem TA-Mammel schoen ein Hack ein, damit die hochwohllöbliche Ausgewogenheit nicht aus Gew. Elchgewicht kommt. Wenn sehon Cinceras Methoden unsauber sind, dann sind die Machenschaften des DM fragwürdig und wenn man sehon nicht um den Es-Fröntler Nüssli herumkommt, so meldet man das nur zusammen mit dem «roten Gasser» – was schon eine ziemliche Zumutung ist, aber Hauptsache, die Ausgewogenheit stimmt. Parteiliches Farbe bekennen, sich Engagieren und Ereifern ist bei vielen Schweizer Zeitungen wenig gefragt. Mehr gefragt sind distanziert-degouierte Feststellungen, wei weit die politischen Sitten bereits heruntergekommen sein, dass es halt auf beiden Seiten Extremisten gebe, wie bedauerlich die fortschreitende Polarisierung und Sittenverwiderung verantwortlich sind, dann ist ein Cincera, der die Spitzelmethoden eingeführt hat.

Ausdrücklich betonen möchte ich, dass eine ganze Reihe von Zeitungen echte Recherchierarbeit geleistet hat (z. B. «Blick», «Schweizer Illustrierte») oder wirklich liberale Kommentar brachte (z. B. «National-Zeitung», «Leserzeitung»).

Inseraten- und Leserbriefaktionen

Die Zeitungen bestehen ja nicht nur aus Textspalten, sondern auch aus Insera-ten...

Die Zeitungen bestehen ja nicht nur aus Textspalten, sondern auch aus Inseraten... und Leserbriefseiten. Als die Cincera-Freunde sahen, dass sie in vielen Zeitungen in den redaktionellen Spalten keine Chance mehr hatten, flüchteten sie ind te Leserbriefspalten und die Inseratseiten, wo befiehlt, wer bezahlt. Der grösste Teil der Pro-Cincera-Leserbriefe geht auf eine organisierte Aktion von Hans Scharpf zurück: «Ich wäre Ihnen äusserst dankbar, wenn Sie Herrn Cincera helfen könnten, aus der gegenwärtigen publizistischen Isolierung herauszukommen. Jede Stimme, jeder Leserbrief oder Artikel zählt. Ich erlaube mir, Ihnen dazu einige Gedanken beizulegen.» Wenige Tage später waren diese Gedanken als «Stimme des Volkes» überall zu lesen – ganz besonders aber im «Aargauer Tagblatt». (Dass der Kanton Aargau in spontanen Publi-kumsreaktionen führend ist, weiss man spätestens seit der Beschwerdeflut gegen die Soldatenkomitee-Sendung des «Berichts vor acht»; die meisten Beschwerden stammten damals aus dem Kanton Aargau, einige wenige von auswärts, so von Hans Scharpf.)

warts, so von Hans Scharpt.)
Was hältst du von der Freiheit und
Verantwortung der Farner-Aktion?
Die waren besonders vif. Farners und
Cinceras sind alles andere als gute
Freunde. Aber ihr Finger in der rauhen
Luft meldete den Aktiönlern, dass zahlreiche Bürger über das schamlose Treiben der bösen DM-Brüder so verätgert
seine, dass eine Profilierungssktion der ben der bösen DM-Brüder so verärgert seien, dass eine Profilierungsaktion der Aktion vielleicht Erfolg hätte. Die ganzseitigen Inserate in der ganzen Schweizer Presse haben die Farner-Aktion mehr Gela gebracht, als der Spass bisher gekostet hat, Offenbar hatten die Farner-Texter einigen kapital-kräftigen Herren aus der grollenden Seele gesprochen.

Leserbriefschreiber und Farner-Aktion

stellen sich stets als Verkörperung des Rechtsstaates hin.

Diese «Patrioten» haben ein sehr gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat. Wenn Cincera einen privaten Konkurranz-Staatsschutz aufbaut, so ist das das grösste Misstrauensvotum an den Rechtsstaat, das man sich denken kann. Cincera Leserbrief-Verteidiger appelieren an den Rechtsstaat und diffamieren gleichzeitig Manifest-Mitglieder zu Kriminellen, noch bevor diese angeklagt sind.

Krininellen, noch bevor diese angeklagt sind.

Manifest-Mitglieder, die sich für demokratische Freiheitsrechte einsetzen, werden in Leserbriefen und Kommentaren zu Extremisten gestempelt. Wie weit sind wir eigentlich schon wieder? Oder noch? In manchen Leserbriefen äusserte sich dümmster Antikommunismus bis hin zum Wunsch nach Lynchjustiz. Das it nicht einmal mehr als WC-Spruch lustig. Der kalte Krieg hat sich tiefer in manche eidgenössische Hirnrinde gefressen als vermutet. Was soll das, wenn sich solche Leute als Demokraten und Inkarnation des Rechtsstaates aufspiene? Sie verwechseln ihr Engagement für die bestehenden Machtverhältnisse mit einem Bekenntnis zu schönen Prinzipien, die sie immer nur unverbindlichabstrakt statt konkret-gültig verstehen.

Die Freiheitsrechte verteidigen

Welche Prinzipien?

Welche Prinzipien?

Die Freiheitsrechte, für die sich das DM wehrt. Im Zug der 1848er Revolution haben sich die Liberalen die bürgerlichen Freiheitsrechte wie Pressefreiheit, Vereinsfreiheit usw. erkämpft. Dem Anspruch nach gelten diese Rechte für alle, oder sie gelten eben nicht. Doch die Macht samt Aufrechterhaltung ist den Enkeln der 1848er Revolutionäre lieber und näher als die Grossväterprinzipien. Die Gretchenfrage, welche Personen heute die Freiheitsrechte (noch) für sich beanspruche können, hängt mehr von den Machtverhältnissen ab als vom Prinzip, wonach immer noch jeder Schweizer vor dem Gesetz gleich ist.

Wenn es um die Erhaltung ihrer Macht geht, biegen die heutigen Etiket-

tenliberalen ihre ererbte Theorie zu-recht – bis zur Pervertierung. Die Frei-heit muss im Interesse der Freiheit für die Feinde der Freiheit aufgehoben wer-den, lautet die Formel, wobei als unau-gesprochener Zusatz anzufügen ist, dass die Mächtigen definieren, wer ein Feind der Freiheit ist.

der Freiheit ist.

Kannst du nicht konkreter werden?

Ich erinnere mich gut, wie es mir kalt den Rücken herunterlief, als letztes Jahr auf Boldern der Präsident der Zürcher Freisinnigen, Nationalrat Rudolf Friedrich aus Winterthur, eiskalt etwa auf dieser Linie referierte. Den wirklich liberalen Standpunkt vertrat dort der Sozialdemokrat Adolf Muschg, Man gewöhnt sich nachgerade daran, dass nicht Freisinnige, sondern Sozialdemokraten wie Muschg, Gerwig oder Bäumlin die freiheitlichen Prinzipien am energischsen verteidigen, jawohl: verteidigen gegen Angriffe, für die zu einem schönen Teil Freisinnige die Verantwortung tragen. Seit die Freiheitsrechte von den Falschen» beansprucht werden, beschäftigen sich die Freisinnigen lieber mit dem Einschränken.

Ziehst du eine Lehre aus der ganzen

Ziehst du eine Lehre aus der ganzen Affäre?

Zichst du eine Lehre aus der ganzen Affäre?
Noch deutlicher als bisher ist mir bewusst geworden, dass Demokratie kein Geschenk ist, das man einmal erhalten hat und dann besitzt. Demokratie ist noch nicht verwirklicht, wenn ein paar wohlklingende Freiheiten in einer Verfassung oder in einer Menschenrechtskonvention verankert werden. Demokratie ist kein Zustand, sondern eine Entwicklung. Demokratie muss täglich neu erkämpft und verteidigt werden. Diese Rechte können gegen die Angriffe der Rechten nur verteidigt werden, wenn sich alle entschlossenen Demokratien in einer breiten Sammelbewegung zusammenschliessen. Weil die Verwirklichung der Demokratie eine Frage der Machtverhältnisse ist, will das Demokratische Manifest die Fraktion der Demokraten stärken. Der breit Zustrom neuer Manifest-Mitglieder zeigt, dass viele Schweizer – gerade auch angesichts des Falles Cincera – begriffen haben, wie nötig ein solcher Zusammenschluss ist.

Die Feinde erkennen

Demokratisches Manifest Ernst cera – «das konzept», Nr. 12/76

Aufgrund von Dokumenten, die in einem Privatarchiv gestohlen wurden, inszeniert die Arbeitsgemeinschaft «Demokratisches Manifest» (DM) seit rund zwei Wochen in der Öffentlichkeit eine systematische Hetzkampane gegen Ernst Cincera. Trotz gross aufgezogenem «Entlarungs»-Spektakel hat sich die publizierte Ausbeute der gestohlen Dossiers bislang als eher dürftig erwiesen: Bis zum Augenblick haben sich gegen Herrn Cincera keine Verdachtsmomente betreifts strafbarer Handlungen ergeben, die es rechtfertigen wür-



Leserbriefe sind mit Schreibmaschine ge-schrieben zu richten an: «Redaktion das kon-zept: Rämistrasse 66, 8001 Zürich.» Kurze Zu-schriften freuen uns besonders.

den, gegen ihn ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Wohl aber ist bekannt, dass namhafte Mitglieder des DM gesetzwidige Handlungen begangen haben. Es muss daher notabene erstaunen, wie unkritisch sich hier eine Staatsverantwortung mittragende Partei wie die SP offenkundig mit dem DM identifiziert und solidartsiert, also Illegalitäten deckt. Wie wir wissen, haben paradoxerweise just jene Kreise, die jetzt E. Cincursteit der Sperichen der Sperichen Gesten ungeschniftelie vorwerfen, selber Karteien angelegt, fleissig Zeitungsartikel, Photos usw. gesammelt und sich sogar coram publico damit gebriistet. In welchen dubiosen Archiven sind wohl die Photos der bürgerlichen GStR-Kandidaten der letzten paar Semester verschwunden? Ihren Eigentiumen wurden sie nie zurückerstattet, sondern sie tauchen jetzt mituner wieder auf (etwa in der «Leser-Zeitungs.)

Das DM hat effektiv wenie Handfe-

Das DM hat effektiv wenig Handfestes gegen Cincera vorzuweisen. Daher

sollen nun Einzelpersonen diffamiert werden: Die blosse Tassache, Herrn Cincera bei Gelegenheit einmal persönlich kennengelernt zu haben, genügt, als Demuziant und Zuräger verunglimpft. zuwerden. Persönlich halte ich unmissversändlich fest, dass ich Ernst Cincera nie «mit konkreten Informationen über die Universität beileferr» häbe. Die entsprechenden Behauptungen im Wochen-Bulletin Nr. 6 der Studentenschäft sind in bezug auf meine Person schlicht tatsachenwidrig und verleumderisch. Der KSIR wird sich deswegen u. auf meine Veranlassung hin vor den Aufsichtsorganen zu verantworten haben. Richtig ist, dass ich Herrn Cincera einmal einen (von mir verfassten) ihn betreffenden Leserbrief an den TA zur Kenntnisnahme zugesandt habe. Hiebei ging es um keine studentische Angelegenheit, sondern um eine öffentliche Veranstaltung in der Zürcher Börse.

Angelegenheit, sondern um eine öffentliche Veranstaltung in der Zürcher Börse.

Zum materiell-rechtlichen Aspekt der Affäre meine ich: Die Öffentlichkeit, die Bürger, die sich in ihrer überragenen Mehrheit zu unserem freiheitlichdemokratischen Rechtsstaat bekennen, haben grundsätzlich ein Anrecht darauf, zu erfahren, wer zu den eingeschworennen Feinden dieser unserer liberalen Ordnung gehört. Die fundierte Information und Dokumentation über öffentlich zugängliche Aussagen und Vorgängentsprechen durchaus einem legitimen Bedurfnis einer breiteren Allgemeinheit. Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden erachte ich für selbstverständlich. Diese Toleranz darf aber nicht in Ignoranz, in völlige Blindheit gegenüber Extremismus umschlagen.

Wie immer man auch die Methoden Cinceras im einzelnen bewerten mag, so verdient es doch gewürdigt zu werten, dass Ernst Cincera die öffentliche Auseinandersetzung nie gescheut und sich selbst vor betont linken Publikum seinen politischen Gegnern gestellt hat. Sollte er sich widerrechtlich Dokument angeeigen Untersuchungsbehörde.

Beat R. Zimmermann

Beat R. Zimmermann

Alle wünschen Ihnen ein gutes Neues Wir möchten etwas dafür tun!

Sie helfen mit, wenn Sie «das konzept» abonnieren.
«das konzept», Jahresabonnemen 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren
30% Rabatt (Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

leh bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):

| Februar bis Dezember 77 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)

| zum Schilepreis von 10 Fr. (Ausweiskopie beitgent)

| zussammen mit dem ezürcher students (Februar 77 bis Februar 78) für 24 Fr.

| Ulterstrützunschonnement (dennalter Brauer)

Name, Vorname:	 	
Adresse;		
PLZ, On:		

Talon einsenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Tutore insertieri um «was was was yen», kamisti vo, voor Laurie in Bekannten*/als Proben klosk*val ein Insera in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt verteill an folgendem Ort (* Zuterffendes unterstreichen): Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):

reisen/betriebspolitik

Wie alternativ kann der Schweizerische Studentenreisedienst (SSR) sein?

Reisen auf neuen Gleisen

Der Studentenreisedienst ist den meisten Studenten als Schalter bekannt, wo man billige Reisen buchen kann. Der SSR will aber nicht bloss eine Konkurrenz zu den kommerziellen Reisebüros sein, sondern auch neue Wege beschreiten: zum einen mit interessanten Reise-zielen, mit einer kritischen Reisehaltung, welche den Studenten nicht bloss einen Touristeneinblick in andere Länder ermöglichen soll, sondern auch einen Kontakt mit den Problemen dieser Länder. Zum anderen aber «Variationen zum Thema Strukturs so könnten die sich im letzten Jahr häufenden ausserordentlichen Generalversammlungen (a. o. GV) des SSR überschrieben werden. Und was heute unter dem Namen Strukturfrage behandelt wird, gehört zu einem längst bekannten SSR-Thema: die Loslösung von seinen rechtlichen Trägern, den studentischen (Studentenschaften und Technikumsstudenten) Genossenschaftern. Einige Stationen dieser Loslösung zeigen dies.

führung angestrebt und auch nahezu vollzogen. Neuerdings aber schlägt sich die Loslösung auch in Vorschlägen der Verwaltung zur rechtlichen Besiegelung der Verselbständigung des Betriebs nie-der, wozu aber das Einverständnis der GV erforderlich ist.

Die studentischen Interessen

Interessen

Diese neue «Wende zum Rechtlichen» ist daraus zu erklären, dass sich die Genossenschafter vor enigen Jahren mit Schrecken der Eigendynamik des Betriebs bewusst wurden. Sie setzten sich durch aktiven Gebrauch ihrer allerdings sehr beschränkten – Rechte in der GV ein, um einen sowohl von den Produkten wie von der Betriebsstruktur her für sie verantwortbaren Laden zu realisieren. Die Zielsetzung des SRR wurde durch Richtlinien näher bestimmt: nicht nur billiges, sondern auch simvolles, lernendes Reisen für alle, die sich in Ausbildung befinden, Studenten wie Lehrlinge und Mittelschüler. Zudem wurde ein Betrieb gefordert, der soweit wie möglich eine Kollektivstruktur verwirklichen sollte. Die GV versuchte die erstarrte Hierarchie zu durchbrechen: Durch die Wahl weigenen* Verwaltungsfräte und durch die Unterstützung der gleichzeitig entstehenden Mitbestimmungsbewegung im Personal, welche die einzige ernsthafte Bedrohung der internen Machtverhältnissen darstellte.

Es war vorauszusehen, dass dieser neue Kurs den Widerspruch derjenigen hervorrufen wirde, welche sich entweder ein Machtstellung innerhalb des verselbständigten Betriebs hatten auf

wurden im SSR Formen gesucht, wie die Studenten ihre Interessen im Betrieb geltend machen können, damit der SSR eben wirklich ein Studentenreisedienst sei. In neuester Zeit hat sich im SSR eine Diskussion verschiedener solcher Möglichkeiten entwickelt. Der folgende Artikel zeigt diese Diskussion auf und vertritt eine bestimmte Haltung. In der nächsten Nummer werden wir die anderen Standpunkte zu Wort kommen las-

bauen können oder sich nicht mit dem Ziel eines Alternativbetriebs befreunden konnten.

Die Spaltung des Personals

Weitaus ernster zu nehmen war für alle Beteiligten die Folge, dass sich das Personal daraufhin in zwei Parteien spaltete, von denen die eine sich für die Mitbestimmung einsetzte und einen Koalitionspartner in der GV fand, die andere sich aber am Status quo orienterte und in der GV die Wurzel des Übels sah. Durch diese Stellung als Bündnispartner und Buhmann zugleich erhielt die GV eine im Vergleich zu ihren rechtlichen Möglichkeiten völlig unverhältnismässige Aufwertung.

Die gegensätzlichen Positionen

Positionen

Aus der erwähnten Aufwertung heraus wird klar, weshalb die GV heute so umstritten ist, und auch, wie die gegensätzlichen Positionen aussehen:

• Die Rechte der bisherigen Genossenschafter müssen an den Betrieb übergehen (Aufhebung der GV oder Stimmenmehrheit für das Personal),

• Entweder: Übergabe der GV-Rechte an das Personal, sobald im Betrieb demokratische Strukturen gesichert sind. Oder: Da solche Strukturen gesichert sind. Oder: Da solche Strukturen kaum gesichert werden können, weil Marktgesetze und Eigendynamik tendenziell den Betrieb immer auf Kommerzkurs bringen werden, sollen GV-Rechte als (schwache) Gegenkraft erhalten bleiben.

• Für den Fall, dass sich zeigen sollte, dass der Betrieb gar nicht wesentlich

verändert werden kann, sollen jedenfalls Namens- und Verkaufsrechte den Ge-nossenschaftern weiterhin zustehen, damit die Möglichkeit zum Aufbau eines anderen studentischen Reisedien-stes erhalten bleibt.

Streik und Entlassungen

Streik und Entlassungen
Die erste Position trat im letzten
Frühling in Erscheinung, als der Verwaltungsrat einen Antrag stellte, welcher die Verselbständigung des SSR in
der Rechtsform einer Stiftung vorsah,
mit dem einzigen und offen ausgesprochenen Ziel, die störende GV aufzuheben. Der Antrag wurde – nach Überprüfung durch eine Kommission – abgechntt. Im Sommer folgte der Streik der
engagierten Angestellten. Bei der Reaktion auf den Streik wirkt sich die Spaltung des Personals am stärksten aus;
Die Nicht-Streikenden forderten mit
massivem Druck die Entlassung der
streikenden Kollegen. .. was denn auch
geschah; gegen den Willen eines Teils



Sitzungszimmer eines zeitgemässen Be-triebes mit Mitbestimmung

des Verwaltungsrates, trotz schärfster Proteste und Verurteilung von den in dieser Frage machtlosen Genossenschaf-tern.

Personal als Genossenschafter

An der a.o. GV vom November 76 hatte die Verwaltung einen Antrag eingebracht, dem die Genossenschafter nur

unter Bedingungen zustimmten. Der Beschluss wurde aber schliesslich von Personal und Verwaltung abgelehnt. Der Verwaltungsrat berief deshalb nochmals eine a. o. GV ein, welche am 20. Dez. der «Kompromissfindung» dienen sollte, in Wirklichkeit aber demselben, vom Personal unwesentlich abgewandelten, Antrag zuzustimmen hätte. Dieser Antrag sieht vor, dass jeder festangestellte SSR Auftrabeiter das Recht hätte, Einzelgenossenschafter des SSR zu werden. Im Klartext: Die GV soll durch rund 70 neue Personengenossenschafter (zu den etwa 20 bisherigen stimmberechtigten Körperschaftsvertreter) erweitert werden. Dieser Antrag wurde mit einer den meisten Genossenschafter jung vom Aspital und Arbeit, serviert. Das führte denn auch dazu, dass die sich seit je für die Mitbestimmung des Personals einsetzenden studentischen Genossenschaftsvertreter sich plötzlich für die Legitimität ihrer eigenen Vertreung im SSR wehren mussten, wobei auf einer – falschen – Argumentationsebene unde.

Die Macht liegt im Betrieb

Die Macht liegt im Betrieb

Die reale Machtrage wurde umgangen, indem die Diskussion auf das einzige Gremium beschränkt blieb, in dem sich die Studenten artikulieren können, und dann gefragt wurde: «Weshalb wollt ihr eure Rechte nicht abgeben – ihr seid doch für Mitbestimmung?»

Wird die gestellte Frage nicht nur auf die GV bezogen, sondern richtigerweise auf den SSR als Ganzes, so lautet ihre Antwort umgekehrt: Genau wenn wir für Mitbestimmung sind, sind wir dagegen, dass die betriebsinternen Machtstrukturen auch noch auf die GV ausgedehnt werden. Genau dies würde aber durch die Aufnahme des Personals bewirkt.

Hin zum Kommerz

Sowohl die bis jetzt – und tendenziell immer vorhandene – Eigendynamik des Betriebs in Richtung Kommerzialisierung, wie auch das grosse Übergewicht der Manager in einem hierarchisch aufgebautem Betrieb – und das ist der SSR – würden verstärkt, wenn die Betriebs-

Fortsetzung auf Seite 8

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

«Kindheit» des SSR

1960 vom VSS geboren und einige
Jennings mit ihm durch PersonalJenning verbunden, schneidet 1962 das
Kind die Nabelschur durch, indem eine
Genossenschaft gegründet wird. Schon
kein Kind mehr, rekrutiert es alsbald
den Verwaltungsrat aus eigenen Reihen.
1968: Der inzwischen professionalisierte
Betrieb kann es nicht länger dulden,
dass der VSS mit den Richtlinien für die
allgemeine Sudenenpolitik auch die
Tätigkeit des SSR mehr oder weniger
verbindlich festlegt.

Die GV kann von da an nur noch
über die statutarisch vorgesehenen
Richtlinien den Genossenschaftszweck
jeweils aktualisieren. In folgenden fetten Jahren wächst und wächst der
Jugendliche in voller Selbstbestimmung
zu einem der kapitalistischen Umwelt
angepassten Betrieb, welcher seine
Jugendfrische marktgerecht durch eine
gewisse «Lässigkeit» verwertet (junge
dynamische Manager, man darf den
Direktoren «Du» sagen).

Die faktische Loslösung von den Studentenschaften wird von der Betriebs-

«Kindheit» des SSR

Fr.; lin Chilfreinserate 3 Fr. Zuschlag.
Text mit Schreibmachine oder Blockschrift, sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beitigen und einsenden am MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postschecknott 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontsiktisseral das konzepp» auf der Rückscile vom Absteinsten auch berweisung des Betrages. Die kreiton zugesichent. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angeommene. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

treff

Zu zweit macht es doch viel mehr Spass, oder? Adam, 30/166, zur Zeit einsam, sucht Dich, liebe, zärtliche Eva. Bist Du 20-27 Jahre jung und Nicht-raucherin, dann lass doch von Dir hören. Chiffre 3335, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Berner Student würde eigentlich gerne eine offene Beziehung zu etwa Gleichaltrigem (so bis 25) versu-chen! Chiffre 3336, Mosse-Annoncen AG, 8023

Wenig einfacher, unsportlicher lie, rer, pol. sucht ein tröhliches und aufgeschlossenes Mädchen bis 27 jährig im Raum Bern, welches ihm hilft, eine Dissertation zu schreiben. Schreibmaschine und Bett stehen zur Verfügung, Offerten an Chiffre 3256, Mosse-Annonsen AG, 8023 Zürich.

OFFNUNGSZEITEN

MO-FR SA

Wohn- und Arbeitsgemeinschaft sucht fortschritt-lichen Arzt mit Interesse für Naturheilkunde. Wohnanteil und Praxisräume vorhanden. Chiffre 3365, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Eine «konzent»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Commercielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere gunstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt«-)

Wie mach' ich's?

WIE MIACH KIN S:
Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert. cinsenden an das konzepte, Rels mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Sidamerika: Wer fährt mit mir (24, Suden) für zwei Monate ab Mitte Juli 1977 von Linna bis Rio? TripverFauf (Auto. Zug) inhet netgelegt. Georg Glöggler, D-73 er Glögeler, D-7 Wen treffe ich im März 1977 in Algerien? Paul Ott, Läng-gassstr. 75, 3012 Bern, (031) 24 53 79.

Ibico-Spiralbindung

pro Buch 2.50-4.50

1Woche 215.-

LEYSIN HITS: 7 TAGE HALBPENSION IM HOTEL UNIVERSI-TAIRE, DOPPELZIMMER, 6 TAGE SKIABON-NEMENT IN LEYSIN.

12.-19.3.77, 19.-26.3.77

Klosters: 7 Tage Halbpension im Hotel Chesa Selfranga, Mehrbettzimmer, im März, Fr. 175.-/196.-

Davos: 7 Tage Halbpension im Hotel Bolgenschanze, Mehrbettzimmer, im März, Fr. 154.-/175.-



SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Zürich

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER (xerographisches Verfahren)

	mit LEGI-		Rappen/Stck. Rappen/Stck.
Schnelldruck (ab einer Vorlage)		1seitig	2seitig
	30 Ex.	4.50	9.—
	50 Ex.	5.50	10.50
	100 Ex.	7.50	14.50
	200 Ex.	15	28.—
	300 Ex.	21	38.—
	350 Ex.	23.—	42.—
	400 Ex.	25.50	44.50
	500 Ex.	28.—	52.—
	1000 Ex.	40	73.—

08.30-18.30 10.00-13.00

Zum «konzept»-Gespräch mit W. Kauer

Schwierigkeiten bei einem politischen Interview

«das konzept» führte ein zweistündiges Gespräch mit dem Schriftsteller Walther Kauer. In der Nr. 12/76 wurden Auszüge daraus veröffentlicht. Das abgedruckte Interview hat Protest hervorgerufen, Protest der Partei der Arbeit, des Schriftstellers W. M. Diggelmann; Protest aber auch des Autors Kauer selbst. Kauer, der zurzeit krank ist, hat nicht selbst eine Entgegnung geschrieben. Für ihn hat seine Frau, welche beim Interview auch zugegen war, geantwortet. Nachfolgend drucken wir ungekürzt diese Entungen ab und antworten mit einem Kommentar auf die geäusserten

Entgegnung von U. Kaner

Da ich an diesem Gespräch als aufmerksame Zuhörerin teilgenommen habe –
also passiv da ich mir dachte, es gehe
hier um Dinge, nämlich um die Bücher
von Walther Kauer, und nicht um Personen –, fühle ich mich berechtigt,
hierzu Stellung zu beziehen. Dies
scheint mir wichtig, da der im letzten
konzept» unter der Schlagzeile «Polterer im Literaturgeschäft» erschienene
Artikel ein typisches Beispiel ist, wie
aus einem unstrukturierten Gespräch
ein entstellendes Frage-und-AntwortSpiel gebastelt wurde, indem Sätze aus
hirem Zusammenhang gerissen, wichtige
Aussagen weggelassen und nebensächliche Bemerkungen hervorgehoben wurden. Da die ganze Entgegnung von
«konzept» auf 150 Zelen beschränkt
wurde, kann ich dies nur an ein paar besonders deutlichen Beispielen erläutern.
Unter dem Titel «Nur die Berühmten

Unter dem Titel «Nur die Berühmten leben von den Büchern» stand zum Bei-spiel im «Konzept». «Konzept: Sie können jetzt auf einen Er-folg aufbauen... W.K.: Ich bin jetzt bei Benziger der

bauen... Ich bin jetzt bei Benziger der

Dieser Satz wurde aus dem folgenden

Dieser Satz wurde aus dem folgenden Zusammenhang heraus isoliert:
«W. K.: Sagt euern Lesern einmal, dass der Rummel einen Schriftsteller fertigmachen kann. Ich werde an Lesungen geschickt und muss dutzende Mal das gleische lesen, bis ich meine eigenen Texte nicht mehr sehen, geschweige denn hören mag. Es stör mich manchmal, doch ist es so, mein Buch Spätholz: sit jetzt das meistyerkaufte beim Verlag. Es wurde gesagt (die Ironie wurde offenbar überhört, U. K.), ich sei der Staradtor, »

Zweites Beispiel: Im «konzept» hiess

es: «konzept: Bist du mit dem «Schachtel-traum»-Manuskript direkt in die DDR

skottepp. Isis at mit den schachter traum-Manuskript direkt in die DDR gegangen? W. K.: Das war ein reiner Zufall. Aber das glaubt mir eben keiner. Die ersten 70 Seiten lagen bei Benziger zur Lektüre. (Ich wurde schon oft gefragt, ob ich den spinne...) – Also: die Seiten lagen bei Benziger. Ich kam aber in meiner Arbeit nicht mehr voran. Da gab ich das Manu-skript Marcel Brun (Jean Villain). Zu-fälligerweise wohnt er in Ost-Berlin. Mit-ten in der Nacht bekam ich ein Tele-gramm: Vertrag perfekt. Bei Benziger waren sie natürlich stocksauer. Aber als unbekannter Autor...»

unbekannter Autor . . .»
Und so töntne es wirklich:
«W. K.: Zu jener Zeit war Herr Keckeis
Chestektor bei Benziger und Vorgesetzter
von Renate Nagel, die den Anjang des
Manuskripts kannte. Ich kam nicht mehr
weiter und schickte die ersten 70 Seine
Jean Villain nach Oss-Berlin. Mitten in
der Nacht erhielt ich vom Verlag «Volk
und Welto ein Telegramm, mit dem Er-

gebnis, dass ein Vertrag abgeschlossen

wurde.»
Was die Zusammenarbeit mit dem Verlag «Volk und Welt» anbelangt, wur-den folgende Äusserungen im «konzept»

Verlag «Volk und Welt» anbelangt, wurden folgende Ausserungen im «konzept» weggelassen:
«W. K.: Die Zusammenarbeit mit dem Verlag «Volk und Welt» war sehr gut. Dieser Verlag betreut seine Schriftsteller auf eine Art und Weise, wie es hier nicht möglich ist, auch was das Finanzielle anbelangt. Ein Aufenthalt von einem halben Jahr in der DDR wurde mir ermöglicht. Roland Links und Dietrich Simon waren meine beiden Lektoren. Es ist bekannt und wurde auch an der Buchausstellung der DDR in Zürich, im Sommer 1976, bemerkt, dass diese zu den besten Lektoren im deutschen Sprachraum gezählt werden müssen. Im übrigen ist das Buch Schweiz heute, herausgegeben vom Verlag «Volk und Welt», leider nur der DDR erhältlich, die beste Anthologie über zeitgenössische Schweizer Literatur.»

Auch über die Zusammenarbeit mit dem Benziger-Verlag wiederholte W. K. verschiedene Male, dass sie zufrieden-stellend sei und dass er mit der jetzigen



Cheflektorin, Renate Nagel, seine Manuskripte eingehend diskutiere.
Zu dem, was unter dem Titel «Kunze, Biernann, DDR und PdA» erschienen ist, möchte ich bemerken, dass hier u. a. auch die Möglichkeitsform in der Wirklichkeitsform wiederspanelsen sit, möchte ich bemerken, dass hier u. a. auch die Möglichkeitsform in der Wirklichkeitsform wiedergegeben wurde.
W. K. wies daraut hin, dass ein Protest urt dann wirksam sei, wenn die Protestierenden mit Ihrem Namen, unter Umständen mit finanziellen Einbussen, ihrem persönlichen Engagement Ausfunck verleihen würden. Weiter erklärte er deutlich, dass er einmal das Amt eines Parteisekretärs der PdA im Kanton Aargau ausübte.
Zum Schluss möchte ich noch ein paar Aussagen hinzufügen, die ebenfalls gefallen sind.
«W. K.: Den Umgang mit Anschen und Berühntstein muss ich noch lernen; es wird mit manchmal zuviel. Über jegliche Banalität werde ich zum Beispiel von Journalisten befragt, als ob ich über alles und jedes eine vorgefasste druckreig Meinung hätte.» Und: «Ich liebe keine Interviews, weil nur das geschrieben wird, was passt.»

Der Leser kann sich nun selbst ein Bild machen, was bei diesem zweistinigen Gespräch gepasst hat. Ich frage mich nur: Wozu das Ganze? Und ich gestehe ehrlich: Ich habe lange gezögert, hierüber diese paar Worte zu verlieren.

Oie Walther ...

Walther Kauers Interview im «konzept» zeugt nicht gerade von persönlicher Bescheidenheit, aber er sollte immerhin bei der Wahrheit bleiben. In seiner

Walther Kauers Interview im «konzept» zeugt nicht gerade von persönlicher Bescheidenheit, aber er sollte immerhin bei der Wahrheit bleiben. In seiner Selbstüberschätzung ernannte er sich selbst zum Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der Partei der Arbeit. In eine solche Funktion wurde er von der PdA nie gewählt und hat eine solche auch nie ausgeübt. Seine Diffamierung der PdA ist eine absolute Verzerrung der PdA ist eine absolute Verzerrung der PdA ist eine absolute Verzerrung der Politik der Fartei. In den flessen der PdA sist zu lesen: «Die sozialistische Gesellschaft von morgen kann nicht ohne die Mithilfe und das Einverständnis des Volkes und Gewohnheiten errichtet werden. Auch ist die neue Ordnung nur denkbar auf der föderalistischen Örundlage unseres Landes, nur mit der Aufrechterhaltung der Rechte und Freiheiten des Volkes, die ein fester Bestandteil der Entwicklung, der Politik und der Kultur unseres Landes sind. Ebenso verhält es sich mit der Existenz nicht nur einer einzigen, sondern mehrerer Parteien, so wie es auch klar ist, dass eine aus dem Volk hervorgegangene sozialistische Regierung nur im Einverständnis mit dem Volk regieren kann.»

Die Kommunisten der Schweiz, die immer an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus gestanden haben und dafür viele Opfer brachten, lehnen es ab, von ihm als «Faschisten» beschimptt zu werden.

Auch in der Frage der Zusämmenarbeit mit dem Verlag «Volk + Welt», Berlin, bei seinem Erfolgsbuch «Schachteltraum» sagt er schlicht die Unwahrheit. Kauer lebte wochenlang in Berlin und arbeitete mit dem Lektorat sehr en gusammen. Es ist für einen Schniftsteller keine Schande, wenn er Gelegenheit hat, mit einem guten Lektor zu kooperieren. Seine Aussage, er sei vom Verlag «Volk + Welt» unt finanziell gut unterstützt worden, widerspricht auch seiner Erfolgsbuch «Schachteltraum» int einer Gesamtauflage von 25 000 Exemplaren gäbe es kein «Spätholz» beim Benziger-Verlag.

In Sachen Biermann, Kauer, «Gruppe Olten»

Ich beziehe mich auf das Interview, das Herr Kauer dem «konzept» gegeben hat. Wenn einer in eigener Sache lügt, ist das seine Sache. Äber wenn einer meinen Namen in verleumderischer Weise zitiert, muss ich einschreiten. Mich berührt es nicht, wenn Herr Kauer sagt, er habe während zwanzig Jahren in der Nationalliga Fussball-Fan, aber Herr Kauer hach well unter einem Pseudonym gespielt. Dass Herr Kauer moch heute ein ungebrochenes Verhältnis zur Arbeiterklasse hat, ist rühmenswert is benso rihmenswert ist seine wertvolle Mitarbeit als Mitglied des Zk der PdA; da ich nie Mitglied dieser Partei war, kann ich diese Behauptung nicht überprüfen, dassich in Sachen Biermann das Telegramm an Erich Honecker und an die Botschaft der DDR nicht mitunterzeichnet habe. Ich war nämlich gar nicht erreichbar. Franz Hohler wird das bestätigen. Überprüfen an den Tag gelegt hat. Kauers Roman «Schachteltraum» hätte ohne die intensive Hilfe von Günther Simon und Roland Links nie erscheinen können. Kauer, das kann ich beweisen, hatte in der DDR eine Vorzugsstellung nicht nur finanziell, genossen. Was ich weiterhin beweisen kann: Kauers Roman «Spähtolz» wurde vom Verlag «Volk und Welt» an abgelehnt. Ebenso kommt Prof. Muschg nicht in Frage zur zeit. Wozu also die arnogante Argumentation, sie zögen Lizenzverträge zurück? Diese Verträge bestehen ja gar nicht.

Herr Kauer mag sich als «Starautor» des Benziger-Verlages ungektoriert heraugegeben. Ob das so ist, weiss ich nicht. Doch was mich zusätzlich veranlasst, diese Berichtigung zu schreiben, ist Kauers mieses Argument, man habe das Protesttelegramm an Honecker lediglich abgeschickt, um die «NZZ» zu beruhigen. Sweit also geht die intellektuelle Prostitution? Mich, um Worte von Hermann Kant in Sachen Biermann zu zitieren, mich braucht man vor der «NZZ» nicht zu schützen. W. M. Diggelmann

Nur der halbe Kauer?

Wir haben mit einem, wie wir meinen, höchst interessanten Schriftsteller ein In-terview machen wollen. Interessant an ihm war die politische Haltung, welche in seinen Büchern zum Ausdruck kommt. Statt intellektueller Existenzdramatik redet da einer lebendig von den Kämpfen und Problemen der verschiedenen Schichten in unserer Schweizer Bevölke-rung.

rung.

Wie das üblich ist, haben wir uns an-

rung.
Wie das üblich ist, haben wir uns angemeldet, sind geladen worden. Wir haben uns die Fragepunkte notiert, um jemand auf den Zahn zu fühlen. Auf Kauers Winsch verlief dann aber das Gespräch frei, sprunghaft. Kein Wunder also, dass wir nicht wer Seiten skonzept mit dem Originalton gefüllt haben. Wir haben ausgewählt, nach unserer Frageliste eben. Und wir haben trötzdem noch wiele Abstriche machen müssen. Das ist bei jedem Zeitungsinterview so.

Das Besondere am Gespräch mit Kauer war die Tatsache, dass da ein Kauer war die Tatsache, dass da ein recht wilder Geist zeterte und schimpfte, schimpfte nicht nur über den sozialen Widerpart, die Unternhemer(-Verleger), sondern auch über die «Genossen». Sozialismus sit in der Schweiz ein besonders am die Paraei der Arbeit, die DDR oder andere sozialistische Staaten geht. Man verbrennt sich leicht (auch unter Linken) die Finger, wenn man gute Worte über diesen Sozialismus verliert: Dar iskiert man gleich seine eingeboren Humanitäts-fibern, denn man weiss Linken) die Finger, wenn man gute Worte über diesen Sozialismus verliert: Da riskiert man gleich seine eingebore-nen Humanitäts-Fibern, denn man weiss

nen Humanitäts-Fibern, denn man weiss ja ...! Wir wussten eben nicht, oder genauer: wir wollten nichts von vormherein wissen. Um so brisanter war es, zu erfahren, dass ein Autor, welcher der DDR (und vielleicht auch der Partei der Arbeit) viel verdankt, an Hilfe und Unterstützung, an Entfallungshilfe sozusagen, dass dieser Autor also so vehement dagegen loszieht. Wir erkannten in dieser Widersprüchlichkeit Stoff zur Debante und zur Auseinandersetzung. Deshalb haben wir das Cespräch abgedruckt. Und eben: Wir haben ausgewählt, was uns besonders wichtig schien. Wir haben auslassen müssen, zum Beispiel Kauers

Haltung zur alternativen Presse, bei der er längere Zeit tätig war, seine Haltung Frauen gegenüber, seine Probleme mit dem Berühmtsein. Aber wir haben ihm keinen Satz, keine Ausserung in den Mund gelegt, welche er nicht auch ausgesprochen hat. Wir haben den Eindruck, welchen wir nach wei Stunden Gespräch mit ihm gewonnen haben, nicht verfälscht. Wir haben vielleicht nur seine Polterseite kennengelernt, nicht dejenige seiner Anerkennung, seines Lobes. Hätten wir schreiben sollen, dass wir zur Begrüssung mit ihm zuest eine halbe Stunde revolutionäre Lieder angehört haben, darunter auch solche von Ernst Busch?



Die Übertragung, oder wie es dazu kom-Die Overlagung, oder Me se adzu kom-men kann, dass der Aussgefragte im Befrager den Drachen sieht, den es zu erledigen gilt. (Zeichnung Georges Allary, aus «Grapouillot»)

Nochmals: Die vier Modelle zum NC

«das konzept» hat in seiner Dezember-76-Nummer den Beitrag von Mathias Bonert zum drohenden Numerus clausus abgedruckt, zu dem auch der Kasten «Modelle – eins unmöglicher als das andere» gehörte. Da bei der Produktion der Selte im Kasten Abschnitte sinnenistellend vertauscht wurden, veröffentlichen wir jetzt nochmals diese Übersicht – in der Hoffnung, dass uns der Fehlerteufel diesmal keinen Streich spielt.

Modelle - eins unmöglicher als das andere

- Modell A: Gesamtschweizerische «Pool-Bildung» aus den Voranmeldungen aller Kantone. Variante 1: mit einer gleichen Rückweisungsquote für alle Kantone. Variante 2: Kontingentierung gemäss «Bericht Akeret»

 Modell B: Gesamtschweizerischer Pool exkl. Basel (s. o.); dann je Variante 1 bzw. 2 (Kontingentierung innerhalb des Pools)

 Modell C: Je ein Pool in der Romandie und der deutschen Schweiz; dann je Variante 1 und 2

 Modell D: Beschränkte oder gar keine Koordination. D 1: Keine Zulassungsbeschränkungen für Absolventen aus Hochschulkantonen; gleiche Rückweisungsquote für

- Moden D: Beschrankte oder gar keine Koordination. D J: Keine Zuassungsbe-schränkungen für Absolventen aus Hochschulkantonen; gleiche Rückweisungsquote für Absolventen anderer Kantone (Sonderfall SG ohne Med. Fakultät); D 2: Pool Roman-die; in der deutschen Schweiz keine Zulassungsbeschränkungen für Absolventen au: Hochschulkantonen; gleiche Rückweisungsquote für Absolventen anderer Kantone.

Modell A lohnt sich im Grunde nicht mehr zu diskutieren wegen des Abseitsstehens des Kantons BS. Trotzdem: Bei Variante 1 (gleiche Rückweisungsquoten) wären Manipulationen, v. a. der kleineren (Nichthochschul-)Kantone nicht auszeschieseen. Sie melden einfach mehr Anwätter an, als effektiv das vom Nr. Dedrohte studium zu ergreifen beabsichtigen, und bringen so ihre Kandidaten durch. Variante 2: Kleiner ist das Problem, die Kriterien zur Festlegung der Studienplatzkontingente ständig gewandeten Gegebenheiten anzupassen (wie Anerkennung weiterer Maturitätstypen, Gesamtzahl der Studienanfänger infolge Ausbaus der Gymnasialstufe usw). Grösser ist das Problem der günstigeren Ausgangslage der Westschweiz: Die westschweizerischen Hochschulkantone müssten gemäss Kontingenterungssystem eine erhebliche Anzahl eigener Kandidaten zurückweisen, während bestimmte Nichthochschulkantone, also Nichtzahler, ihre sämtlichen Kandidaten durchbrächten. Der Widerstand der betrofenen welschen Kantone ist ganz sicher.

Modell A ist tot. Es lebe Modell B, das Modell A ist tot. Es lebe Modell B, das freilich, angesichts der erwähnten kantonalen Vorbehalte unrealistisch ist, obwohl sich das Ausscheren von BS nur unwesentlich in den Kontingenten niederschlüge. Zum andern wurden dabel Absolventen aus BS/BL nur in Basel studieren können (Diskrimination durch die andern Hochschulkantone), was sich insbesondere für die Veterinärmediziner auswirkte; da 'BS keine entsprechende Kapazität hat.

entsprechende Kapazität hat.

Modell A und B sind tot, es lebe Modell C! Hier ergeben sich folgende Schwierigkeiten: Wir sind die Anwärter der zweisprachigen Kantone FR, BE, VS sowie GR und TI zu behandeln? Was geschieht it den welschen Med.-vet.-Anwärtern, da die Romandie die Veterinärmedizin nicht it den welschen Med.-vet.-Anwärtern, da die Romandie die Veterinärmedizin nicht ithrit? – Gesetzt den Fall, es könnte über die Koordination der zwei Pools erreicht werden (dies wäre unabdingbar, sonst läge in FR und NE Anfängerkapazität brach), dass Deutschschweizer Studienamwärte an Westschweizer Hochschulen aufgenommen würden – dann müssten Verhandlungen von Pool zu Pool geführt werden. Die Realität sähe so aus: Die Romandie, die unter diesen Voraussetzungen ihre Studienamvärter privilegiert, muisste höchstwahrscheinlich keinen NC einführen, wohl aber die deutsche Schweiz. Ungeklärt bliebe –

abgesehen von den doppelten Verwaltungs-umtrieben – das weitere Schicksal der Deutschschweizer Umverteilten: Wo wür-den sie weiterstudieren (Klinikum)? Vor allem aber: Nicht nur die (postulierte) «Hochschule Schweiz», sondern auch die Eidgenossenschaft wären einer unerträg-lichen Zerreissprobe ausgesetzt und es ent-stünde eine unerträgliche Rechtsungleich-heit.

heit.

Modell A, B und C sind tot, es droht
Modell D... Mit einer Option für D1
oder D2 ist noch viel weniger Staat zu
machen, trotz der scheinbar bestechenden
Einfachheit, mit der die Modelle aus der
Optik der Hochschulkantone glänzen: Der
Schwarze Peter steckte bei den (nichtbezahlenden) Nichtbochschulkantonen, bei den
Hochschulkantonen nur die Selektionierung.

ng.
Es entstünde etwa folgende Situation
lle Nichthochschulkantone (exkl. BL Alle Nichthochschulkantone (exkl. BL) würden zu Studienplatziggern für ihre Maturanden, für med. vet. auch BS/BL sowie die Westschweizer Hochschulkantone, die allesamt über keine veterinärmedizinische Abteilung verfügen. Der Hochschulstand SG (keine Medizinische Fakultät) düzinische Abetilung verfügen. Der Hochschulstand SG (keine Medizinische Fakulitä) wirde durch die Macht der Tatsachen einem Nichthochschulstand gleichgestellt. Gesamtschweizerisch käme es zu einem Studienplatzschwund, da NE und FR mit ihren Medizin-(Anfänger-Kapazitäten nur so weit belegt wirden, als in der Deutschsewiez Klinikplätze vorhanden sind. Das Resultat: Besonders hart wären LU, SO, GR, SG, AG, TI und VS betroffen. Den Ausweg aus diesem Schlamassel in bilateralen Verträgen zwischen Nichthochschulund Hochschulkantonen zu suchen käme erstens zu spät und hätte zweitens bildungspolitisch katastrophale Auswirkungen: Es führte zu einer Regionalisierung und damit zu einer Desintegration des höheren Bildungswesens, da jegliche Koordination, Schwerpunktsetzung und ein rationellerer Mitteleinsatz so verhindert würden – eine Forderung, der man sich auch auf der Linken nicht wird verschliessen können, nicht nur im Hinblick auf eine gedeihliche Entwicklung der Produktivkräfte, sondern auch auf eine Demokratiserung des Hochschulwesens. Sie wäre an der Zeit. – Zusammenfassend beurfeilt; Dieses Modell darf nicht wahr werden. (Modell D.2 zeitigt ungefähr die Folgen von C kombiniert mit D 1.)

Stopfen Sie das Januar-Loch!

Mit ein paar Erinnerungen

Januar: Das Arbeits-Los-Spiel. Ein Gesellschäftsspiel zum Mitlernen. (Das Spiel kann auch als kartonierter Separatdruck gegen 1.50 Fr. in Brief-marken bezogen werden.)

marken bezogen werden.) Februar: Oben wurde pensioniert – unten wurde füsiliert. Interview mit den Machern des Filmes «Die Er-schiessung des Ernst S.», Richard Dindo und Niklaus Meienberg.

März: Interview mit Jutta Menschik über die Frauenbewegung.

April: Lehrerentlassungen in der Schweiz. Ein Report mit Hinter-grundinformationen aus Anlass der Gründung des «Demokratischen Manifestes».

Mai: Ärzte verteidigen ihre Pfründe. Im schweizerischen Gesundheitswe-sen haben noch immer die Ärzte-Standesorganisationen das Sagen (und Kassieren).

Juni: Das zweite «konzept»-Gesell-schaftspiel: Das Schüler-Spiel. (Auch als Separatdruck gegen 2.50 Fr. in Briefmarken erhältlich.)

Juli/August: Mit dem «konzept» fast

ein Barüsserarzt. Hinweise zur Er-kennung und Behandlung von Ge-schlechtskrankheiten.

September: Das schweizerische Bil-dungswesen kritisch durchleuchtet. Interview mit E. Schrafl und G. Latzel von der "Gesellschaft für Hoch-schule und Forschung».

Oktober: Niklaus Meienberg schrieb für «das konzept», wie es dazu kam, dass er bei einer grossen Zürcher Tageszeitung nicht mehr schreiben

November: 1956 wüteten die Studenten gegen alles, was ihnen kom-munistisch schien. Jürg Frisch-knecht stellt die Ereignisse anhand von Dokumenten dar.

von Dokumenten dar.

Dezember: Eine Nummer über die Machenschaften von Cincera und Consorten. Daneben natürlich noch anderes, wie die Bildgeschichte von Mario Grasso und Kurt Tucholsky, die elektronische Speicherung der Schweizer Soldaten, das Interview mit einem sozialistischen Literatur-Poltergeist (W. Kauer).

Jede Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmar-ken. (Ganzer Jahrgang 10 Fr.) Redaktion «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, PC 80-37626.

Reisen auf neuen Gleisen

Fortsetzung von Seite 6

unabhängigkeit der GV-Beschlussfas-sung aufgehoben wirde. Aus dieser Argumentation heraus ist die Haltung verschiedener Studentenschaffen zu ver-siehen, welche beantragten, erst dann auf den Vorschlag der Verwaltung einzuge-hen, wenn die innerbetriebliche Mitbe-simmung bzw. Kollektivisruktur ver-wirklicht ist, und somit den hierarchi-schen Machtstrukturen eines Betriebes wenigstens potenzielle Schranken gesetzt wären.

wären.
Auch wenn damit eine Änderung im
Betrieb als Bedingung für eine wesentliche Änderung der GV gestellt wird,
bleibt natürlich die Mitbestimmung
«Sache des Personals». Aber für eine
Veränderung der GV ist entscheidend
zu wissen, dass Interessen und Einflussnahme «des Personals» bei einer hierarchischen Struktur nicht identisch sind.

nahme «des Personals» bei einer hierarnischen Struktur nicht identisch sind.

Die Antragsbegründung der Verwalhung kann auch nicht standhalten, insofern sie den Gegensatz zwischen Kapital
und Arbeit anführt. Weder beruhen die
Rechte der GV auf eingeschossenem
Kapital, noch vertreten die Genossenschafter Kapitalinteressen.
Kapitalinteressen wurden vielmehr
inhaltlich von der Geschäftsführung vertreten – bei «Sachzwängen» oder auch
beim Rausschmiss der Streikenden.
Würde die GV tatsächlich eine gewinnstrebende Geschäftspolitik befürworten,
so wäre sie gar nicht umstritten.

Die studentischen Genossenschafter
vertreten demgegenüber Interessen der
Konsumenten im erwähnten Sinn der
Alternative zu kommerziellen Reisebüros, sowohl was die Produkte angeht, als
auch den Betrieb. Ihre ohnehin bescheidenen Rechte legitimieren sich letztlich
dadurch, dass sie das Risiko tragen,
eines Tages ein ihren eigenen Studentenmarkt beherrschendes Unternehmen

unter studentischen Namen vorzufinden, welches ihren Bedürfnissen nicht mehr entspricht und ihnen gleichzeitig jede Möglichkeit versperrt, wieder einen eigenen Reisedienst aufzubauen. Tatsächlich besteht zwar auch ein Ge-gensatz zwischen den Konsumenten-und den Produzenteninteressen, welcher



Modernes Management

jedoch im Betrieb und in der GV ausgetragen werden sollte. Dies würde allerdings ein Gleichgewicht der Vertretung beider Interessen in jedem Bereich des SSR voraussetzen.

Ausaleich der Interessenvertretung

Der an der GV vom 20. Dez. ange-nommene Antrag VSS/Uni Basel sieht dies in folgender Form vor: 1. Das SSR Personal schliesst sich nach regionalen oder funktionalen (in

Zürich) Gesichtspunkten in Vereine zu-sammen, welche als Personalgenossen-schafter mit je einer Stimme in der GV vertreten sind

sammen, welche als Personalgenossenschafter mit ge einer Stimme in der GV vertreten sind.

2. Das Personal hat das Vorschlagsrecht für 4 der 9 Verwaltungsräte.

Dies bedeutet die Aufnahme von 7 bis 10 neuen Genossenschaftern mit gleichen Rechten, die sich aber auch gleich konstituieren wie die bisherigen, mämlich als juristische Personen (Vereine). Die Vereine würden durch gewählte Vertreter ihre Interessen inde GV geltend machen, wozu ein gleicher interner Willensbildungsprozess bei allen Genossenschaftern-Vereinen erforderlich ist.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Einzelpersonmitgliedschaft hätte im Gegensatz hierzu die Vertretung von Einzellnteressen begünstigt und zudem ein enormes Übergewicht der Region Zürich herbeigeführt. Diese für die Funktionsfähigkeit einer Versammlung wichtigen Argumente wie beschränkte Teilnehmerzahl, gleiche vorherige Konsensbildung und verbesserte Möglichkeit regionaler Interessenvertretung sind weiter Argumente für den Antrag.

Die plötzliche Einheit

Die plötzliche Einheit

Der Antrag von Verwaltung und Personal, die Angestellten als Einzel-Genossenschafter aufzunehmen, hatte allerdings einen an der Sitzung nicht ausgesprochenen Grund: Zum erstenmal seit langer Zeit konnte der Verwaltungsrat sich gegenüber dem gesamten Personal legitmieren. Früher war er nur schon aufgrund seiner Wahl durch die GV bei der Mehrheit des Personals abgeschrieben, aufgrund schlechter Erfahrungen oder aus emotionaler oder interessenbedingter Ablehung der GV.

Die plötzliche Einheit des Personals konnte dadurch hergestellt werden, dass mit der Antragsbegründung die nach dem Streik verbliebene kleine Gruppe der «Mitbestimmler» gewonnen wurde, während die Zielrichtung – gegen die

GV - dem übrigen Personal schon seit

ngem passt. Diese scheinbare «Harmonie der In-

langem passt.

Diese scheinbare «Harmonie der Interessen» ist für das ganze Unternehmen von grosser Bedeutung: denn damit rechtfertigt die Verwaltung ihren Antage. Mit einer Annahme des Antrageshätte sich das Unternehmen ein progestiese Mäntelchen umhängen können: «Betrieb gehört den Arbeitnehmern», was aber keineswegs den noch mehr verfestigten realen Machtverhältnissen entsprochen hätte.

Die Frage ist durch den jetzt angenommenen Vorschlag vertagt. Die endgültige Lösung des Problems der Einfluss- und Eigentumsrechte (heutige Form, Übergabe an Arbeitnehmer oder Verkauf) ist jedoch eine Frage, welche legitimerweise nicht von den Genossenschaftsvertretern in der GV beantwortet werden kann, sondern nur von allen Mitgliedern der Technikums- und Studentenschaftsvertretern in der GV beantwortet werden kann, sondern nur von allen Mitgliedern der Technikums- und Studentenschaftsvertretern in der GV beantwortet werden kann, sondern nur von allen Arlamentsbeschlüsse oder Urabstimmungen. Deshalb dieser Artikel.

Lydia Fijn van Draat

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesens-werte Publikationen ausserhalb der kommer-ziellen Produktion vor.

Frauen in der dritten Welt

Frauen in der dritten Weit
Achtmal im Jahr erscheinen die "blätter
des it34w». Diese informative Zeitung,
die das Informationszentrum dritte Weit
(iz3w) herausgibt, widmet die Novembernummer den Frauen in der dritten
Welt. Zu den Stichworten Frauen in der
Produktion/ Frauenarbeit in der Stadt/
Frauen in traditionellen Gesellschaften/
Familienplanung und Geburtenkontrolle
in der dritten Welt/ Frauen in der Revolution gibt es fundierte Analysen und
eindrückliche Illustrationen. In der glei-

chen Nummer bringt das iz3w einen längeren Bericht zu Südafrika und, wie üblich, viele Nachrichten und Kurzberichte zu brisanten Geschehen in der dritten Welt. Erhältlich (oder zumindest bestellbar) sind die «Blätter des iz5w» für 2.50 Fr. in den einschlägigen Buchandlungen.

Fidel Castro

Der rotpunkt-Verlag veröffentlicht in einem Buch bisher meist unübersetzte Reden von Fidel Castro aus der Zeit von 1965 bis 1976. Insbesondere wurden Reden aufgenommen, welche international von Bedeutung sind, so zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung (1965), zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei (1968), zu den Blockfreien (1973/1975) und zu Angola (1976). Erhältlich im (linken) Buchhandel oder über den Verlag, Postfach 397, 8026 Zürich.

Radioaktive Abfälle

Radioaktive Abfälle
Unter dem Titel «Radioaktive Abfälle –
Hokus Pokus Verschwindibus» brachte
das Forum für verantwortbare Auwenden Wissenschaft (Basel) kürzlich
eine 70seitige Dokumentation zur Froblematik der Endlagerung radioaktiver
Abfälle in der Schweiz heraus. Sie soll
der Bevölkerung helfen, die auf sie zukommenden Vorhaben zu beurteilen, im
besonderen in den von den Sondierungsgesuchen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver
Abfälle (NAGRA) betroffenen Regionen.

nen.

Die Dokumentation «Radioaktive
Abfälle – Hokus Pokus Verschwindibus» kann durch Voreinzahlung auf das
Postscheckkonto 40-4729 des Forums für
verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Basel), Postfach, 4113 Flüh, erworben werden. Preis: 9 Fr. (inkl. Versandsnesen) sandspesen).

sandspesen).

Buchhandlungen oder auf Anfrage auch Vereinigungen und Einzelpersonen erhalten bei Abnahme von mindestens 5 Stück 30 Prozent Rabatt.



Semesterarbeiten Dissertationen Doktorarbeiten

alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Compose

Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick

Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder
Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Sie suchen in Zürich

möbl. Zimmer oder

möbl. Wohnung? Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene in-teressante Angebote unterbrei-ten. Keine Gebühren!

Verwaltungs AG, 8039 Zürlc Tödistr. 48, Tel. 25 73 12

1977 in die USA

im Sommer als:

Camp Counselor

Frühling bis Herbst als Teilnehmer an originellen **Hospitality Tours**

Für Töchter das ganze Jahr: 2-4 Monate als Gast in amerikani-schen Familien.

International Summer Camp Postfach 406, 5401 Baden Tel. (056) 22 32 60



Wo erhalten Sie beim Kauf von 10 gleichen Büchern Mengen-

Natürlich beim OO Buchhändler

Dissertationen

druckt und bindet äusserst günstig

Brütsch-Druck

8211 Trasadinger Tel. (053) 6 27 02

SSS PRINT

Die Druckerei des Studenten-

Schreib-Service druckt alle wis-senschaftlichen Arbeiten in Off-setdruck schnell, erstklassig,

Bei gleichzeitiger Reinschrift ge-währen wir einen Sonderrabatt!

Sende uns Dein Manuskript zur individuellen Berechnung, oder

m gleich vorbei:

Tel. (01) 32 00 88

Sonneggstr. 26

8006 Zürich

preisgünstia

Ihre DISSERTATION schreibt und zu vernünftigen Preisen



Nina's

Universitätstr. 116 in Zürich. Tel. 28 86 00

Offen von 10.00 bis 18.30

Jazz + Blues

Plattenladen an der





sere Stärke. Könnten Sie nicht etwas für un sere sere Stärkung tun? Na Und: besten Dank!

Expl. pro Seite DISSERTATIONEN 3.30 3.45 3.65 70 druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format 150 200 3.80 BONECKE 300 3392 Clausthal-Zellerfeld Frachtverbilligung Ruf 05323/3525 Raster billigst!

Bringen Sie inre Wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
schaftlichen Arbeiten dem Poetoinlotz E onna zitz schaftlichen Arbeiten dem erranrenen Spezialisten: Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich Telefon 01 / 27 77 27 Bringen Sie Ihre wissen-

Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und alle Rede Berlin, Juni 1976

277 Seiten, Leinen, 5.10 Fr. Dietz-Verlag, Berlin (DDR)

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb, 8004 Zürich Cramerstr. 2/Ecke Zweierstr. Tel. (01) 39 85 12 und 39 86 11

Basel: Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 15–17 St. Gallen: Cosmos Reisen + Bücher, St.-Jakob-Strasse 5

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig. R. Hager, Waldstrasse 14 8046 Zürich Tel. (01) 57 66 50

studenten-schreib-service

Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur

- deutsch, englisch, französisch
 IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für
- 20 verschiedene Schriften Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

Tel. (01) 32 00 88 Sonnegastr. 26 8006 Zürich

Arbeitsplan 76/77 des VSS

Kampf um die organisierte Kultur Studentenbewegung

Der «Verband schweizerischer Studentenschaften» (VSS) ist einer der Träger des «konzept». Dieses it sozusagen sein offizielles Amtsblatt. Nicht deshalb aber publizieren wir hier den Arbeitsplan 76/77 des neuen VSS-Vorstands. Vielmehr kann denen, die durch die Engpässe im Schweizer Bildungswesen direkt betroffen sind, nicht gleichgültig sein, was die Vertretung der Studierenden auf nationaler Ebene tun will. schlag in sehr vielen und wichtigen Punkten nicht befriedigen kann, so ist doch die strikte Bekämpfung des HFFG wegen seiner grundstätzlichen Option gegen jeglichen Numeruselausus in der heutigen politischen Situation Iragwürdig.

Das NC-Problem hat nun drohende Aktualität erlangt. Seine Einführung steht im Bereich Humanmedizin für das WS 77/78 ernsthaft zur Debelte. Der VSS-Vorstand ist vom Delegiertenrat beauftragt worden, Aktionsmöglichkeiten gegen den NC in der Medizin zu prüfen. Ein Vorschlag auf Organisierung einer gesamtschweizerischen Anti-NC-Demonstration wurde eingebracht. Auch andere Möglichkeiten, z.B. bei der Voranmeldeaktion, stehen zur Diskussion.

Erganzt wird das hochschulpolitische Programm durch eine Stellungahme zum Begramm durch eine Stellungahme zum Be-

Die Aussichten für das Amtsjahr 1976/77 sind nicht gerade rosig. Das musste der neugewählte Vorstand des VSS gleich bei Beginn seiner Tätigkeit zur Kenntnis nehmen. Stets wachsender behördlicher Druck auf die Sektionen, teils sogar wegen deren Mitgliedschaft im gesamtschweizerischen Dachverband, ist ein Stichwort. «Im Fall Bern wird versucht, dem VSS wegen dessen Mitgliedschaft im Herausgeberverein «das konzept» die ihm zustehenden Mitgliederbeiträge zu sperren. Ebenfalls ist zu befürchten, dass die Sektion Zürich unter dem Vorwand, sie durchbreche mit der Mitherausgebe von das konzept; das ihr auferigete Verbot, zu politischen Ereignissen Stellung zu beziehen, im Schwierigkeit gerät … Zu Besorgnis Anlass geben die Beschlüsse des Schulrats hinsichtlich der Finanzen des VSETH. Die Studentenschaft der Universität Basel ist in der Die Aussichten für das Amtsjahr 1976/77



Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

orstand: Hanna Muralt, Urs Hänsenberger,

wenig beneidenswerten Position, für die übrigen Studentenschaften, für die noch eine gesetzliche Grundlage besteht, Erfahrungen
darüber zu sammeln, wie nach einer Aufhebung der obligatorischen Mitgliedschaft und
ohne jegliche Unterstützung der Universitätsverwaltung (Einzug der Beiträge usw.)
eine Interessenvertretung der Studierenden
in Form eines freiwilligen Verbandes geleistet werden kann.»

stet werden kann.»
Diese Einschätzung bildet die Grundlage für den Arbeitsplan, der vom 50. Delegier-tenrat des VSS verabschiedet worden ist.

Bildungspolitik

Aber auch auf dem bildungspolitischen Sektor herrscht alles andere als Ruhe. Hier sind die verschiedensten Krefse daran, nachdem es Anlang der 70er Jahre scheinen mochte, dass gewisse Reformen verwriklicht werden könnten, nun mit aller Macht den Kückwärtsgang einzusschalten. «Die Reform des schweizerischen Bildungswesens ist nach den bescheidenen Anläuden zu Beginn der 70er Jahre endgültig im Stocken geraten. Wenn überhaupt heute auf Bundesseben noch legfleriert wird, os kann ohne Übertreibung umsererseits festgestellt werden, dass keines unserer Postulate, die, so meinen wir, ims Konzept einer fortschrittlichen und demokratischen Bildungsreform passen, berückschigt wird.

Da heute aber auch nicht das richtige Klima vorhanden ist, auf breiter Ebene eine

ins Konzept einer fortschrittlichen und demokratischen Bildungsreform passen, berücksichtigt wird.»

Da heute aber auch nicht das richtige
Klima vorhanden ist, auf breiter Ebene eine
Reformkampagne zu starten oder auch nur
wieder zu erneuern – Vorstösse im Stil deLausanner Modells sind heuten icht durchsetzbar –, sieht der VSS sich genötigt, das
Hauptgewicht auf die Abwehr technokratischer und bildungsfeindlicher Vorstösse zu
legen. In erster Linie geht es dabei um den
Numerus clausus, dann um den Kampf gegen
Stipendienabbau.

Aber-nicht nur auf diesen Sektoren mus
der VSS seine Positionen zu halten versuchen.
Dies gilt selbstverständlich auch für die Sektionen, die einen Kampf um die Zwangkörperschaft führen, d.h. sich nicht ans behördliche Gängelband nehmen lassen wollen. Der
VSS und die Studentenschaften dürfen sich
nicht durch behördliche Schritte überraschen
lassein. Deshalb «betrachtet es der Vorstand
als seine Aufgabe, in einem institutionalisierten Rahmen die Diskussion über die Struktur
der organisierten Studentenbewegung aufzunehmen. Die Verteidigung studentischer
Rechte gegen behördliche Willkür ist jedenfalls eine vordringliche Aufgabe, die einer
möglichst breiter Abstützung unter den Studenten und den fortschrittlichen Tendenze
unter den schweizerischen gesellschaftlichen
Kräften bedaart.»

unter den schweizerischen gesellschaftlichen Kräften bedarf.»

Die Bildungs- und Hochschulpolitik des VSS sieht ihre Schwerpunkte bei der Bekämpfung des Numerus clausus. Dabei ist der Prozess der Universitätsgesetzerwisione in den verschiedenen Hochschulkantonen im Auge zu behalten. Wie wird sich die Rückweisung des UG-Entwurfes in Zürich auf die andern Revisionsvorhaben in Bern, Basel, Freiburg und an der ETH/EPFL auswirken? Hier kommen dem VSS vor allem koordinierende Funktionen zu. Öffentlichkeitsarbeit, soweit es sich um gesamtschweizerische Aspekte der kantonalen Universitätsgesetzrevisionen handelt, muss ebenfalls von Bern aus geleistet werden.

revisionen handelt, muss ebenfalls von Bern aus geleister werden.

Universitätisneugründungen stehen bekanntlich im Kanion Aargau und in Luzern zur Debatte. Jedoch nehmen wir nicht an, dass sie in der nächsten Zeit der Verwirklichung näher gebracht werden, besonders da im Aargau eine Ablehung der Vorlage in der kommenden Volksabstimmung in Rechnung zu stellen ist.

Das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFFG) wird in der Frühjahrensesion in die eidgenössischen Räte kommen. Es bleibt uns nicht mehr anderes übrig, als unsere Einschätzung des Gesetzeswerkes zu geben. Wenn 'ns auch der vorliegende Vor-

Als neues Tätigkeitsgebiet hat der Vorstand auf Grund des Entscheides des 49. Delegiertenrates das Ressort Kultur in seinen Arbeitsplan aufgenommen. Neben konkreten Projekten wie eine Veranstaltungsreihe zum Thema Berufsverbot in der Bundersepublik Deutschland, dessen Aktualität angesichts der Schmüfflerätigkeit eines Cincera auch für die Schweiz kaum eines besonderen Nachweisse bedarf, und der durch den letzten Delegiertenrat beschlossenen Tournee mit Wolf Biermann, von der aber noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, dass sie zustande kommen wird, wird sich der Vorstand ein Konzept für die Politik im Ressort «Kultur» zurechtlegen müssen. Angesichts der finanziellen Lage ist hier ein williger Geist nicht genügend...

Verbandsstrukturen

Ebenfalls neu ist im Arbeitsplan der Punkt «Strukturkommission». Es wird nicht die Aufgabe dieser Kommission sein, neue Modelle für unsern Verband zu drechseln, wie er am besten oder besser laufen könnte,

Ressorteinteilung im VSS-Vorstand:

Hanna Muralt: Bildungspolitik Urs Hänsenberger: Sozialpolitik, Kultur Thomas Heilmann: Information, Internationales, Struktur

wenn. Wichtig wird die Strukturfrage des-halb, weil die Existenz des Verbandes in der heutigen Form durch die behördlichen Attak-ken auf die Sektionen des VSS bedroht ist. Wir wollen nicht, dass erst am Tane ken auf die Sektionen des VSS beeront ist. Wir wollen nicht, dass erst am Tage, an dem es sich mit letzter Sicherheit erweist, dass weitere Zwangskörperschaften aufgelöst oder entmindigt werden, man beginnt, über notwendige Änderungen sich Gedanken zu machen. Die Arbeit der Strukturkommission machen. Die Arbeit der Strukturkommisson ist keineswegs leicht, doch können wir uns mindestens mit Erfahrungen aus Bayern und aus Frankreich, aber auch mit den Erfahrun-gen der Studentenschaft Basel vertraut machen. Hierher gehört inhaltlich auch das Seminar über verfasste Studentenschaft, wel-ches der VSS am Semesterende organisiert.

ches der VSS am Semesterende organisiert.
Neben diesen mehr oder weniger präzis zu
fassenden Punkten wird sich der VSS in den
kommenden Monaten insbesondere auch mit
der Entwicklung beim SSR zu befassen
haben. Dies ist aber nur ein Beispiel für die
täglich anfallende Arbeit, die keineswegs unwichtig ist für die Verbandspolitik oder routimemässig erledigt werden könnte. Der
Arbeitsplan legt somit die Hauptrichtlinien
fest, die dann auch den Massstab für die
wirklich betriebene Politik abgeben. VSS

Die Probleme des Bucherradutes Situ an dieser Stelle schon eingehend dargestellt worden. Der VSS wird im weitern bis Ende Sommersemester 77 Grobinformationen über die wachsende Drop-out-Quote an den schweizerischen Universitäten liefern. Dabei Der Beschluss.

nichts zu beschliessen

Am 10. Dezember fand im altehrwürdigen Zunfthaus «Zu Webern» in der Berner Altstadt die Plenumssitzung der Schweizerischen Hochschulkonfe-renz (SHK) statt. Geboten wurde ein historisches Schauspiel, ein Lehrstück zum nicht kooperationsfähigen Föderalismus, der mangels entsprechender Bundeskompetenzen keine Optionen, geschweige denn verbindliche Be-schlüsse fassen kann. Die maximale Leistung, die dieses gemeinsame Organ von Bund und Hochschulkantonen, das SHK-Plenum, erbringt, ist die, Beschlüsse zu verhindern, die einer endgültigen Absage an sämtliche Koordi-nationsbemühungen und damit einer Bankrotterklärung gleichkommen. Dieser Entscheid, in Sachen Numerus clausus nichts zu beschliessen, das ist denn auch das Ergebnis dieser wichtigen Sitzung.

Dieser Entscheid, in Sachen Numerus clausus im Jahr 1977. Mit dem Unterlagenmaterial für die Sitzung wurde das ominöse Papier Vorbereitung für die Eitzung wurde das ominöse Papier Vorbereitung für die Eitzinghung von Hochschulzulassungsbeschränkungen im Jahr 1977» verschickt, im wesentlichen also dasjenige Papier, das im Anschluss an die vorbereitende Ausschusssitzung vom 18. November die Schlagzeilen der Tageszeitungen füllte und das im letzten «das konzept» näher dargestellt wurde (s. Kasten). Dieses Papier errechnet die kantonalen Kontingente bei je vier verschiedenen Selektionsmodellen, wobei es einen Numerus fixus (Einfrieren der vorhandenen Kapazitisten) für die Klinikplätze (in der Humanmedizin 850 Plätze des Studienjahres 1976/77) zugrunde legt und von bestimmten Prozentzahlen für den Anmeldungszuwachs, die Rickzugs- und Ausfallquoten ausgeht. Die anschliessende Diskussion war lang, brachte aber nichts wesentlich Neues. Vielmehr wurden nochmals die oft wiederholten und längst bekannten Statements der verschiedenen Vertretein vielleicht neuer Abfolge und verändertem Arrangement abgegeben.

Dieses fast voraussehbare und berechenbare Rollenspielchen – ein lebendiges Theater alter Tagsatzungspraktiken aus dem Anten régime – gab aber doch einigen die Gelegenheit zu brillanten Voten.

Der Präsident der CEPREM (einer Kommission für medizinische Fragen)

Ergänzt wird das hochschulpolitische Pro-gramm durch eine Stellungnahme zum Be-richt «Lehrerbildung von morgen» und den 3. Ausbaubericht für die schweizerischen Hochschulen, den man auf das Frühjahr 1977 erwartet.

«Eine Neukonzeption der Sozialpolitik des VSS steht... nach wie vor nicht zur Diskussion.» Also keine grossen Projekte zur Überwindung des Stipendienwesens, was an und für sich natürlich immer erstrebenswert wäre. Worum es heute nur gehen kann, ist, die Angriffe auf den Abbau der Stipendien abzuweisen, darauf hinzuwirken, dass nicht gerade die sehon sonst am meisten benachteiligten Schichten in einer Zeit der Krise der öffentlichen Finanzen die Hauptleidtragenden werden. Der Arbeitsplan hält im weitern fest, dass eine befriedigende Lösung der Ausbildungsfinanzierung – nicht nur auf Universitätstufe – nur über eine neue Bundeskompetenz im zu schaffenden Bildungsartikel der Bundesverfassung zu erzeichen wäre. Das Erstellen einer neuen Stipendienstatistik drängt sich auf und ist bereits an die Hand genommen. Sie wird Unterlagen zur Stipendienpolit kin icht zuletzt auch der Sektionen des VSS bieten.

Die Probleme des Bücherrabattes sind an

Die Probleme des Bücherrabattes sind an

Voten.

Der Präsident der CEPREM (einer Kommission für medizinische Fragen) verwies auf den sehr berüchtigten Assistentenengpass und auf das Schreckgespenst einer Ärztedichte von 1:260 im Jahr 2000. Dieses Votum gab dem St.-Galler Vertreter Aufwind. Ob angesichts dieser Situation die geplanten 60–70 Klinikplätze in St. Gallen überhaupt eine Erleichterung brächten und weiterhin gewünscht seien?

en Sitzung.

Ein Vertreter des VSS demaskierte diese Frage als Versuch, ein weiteres Alibi-Argument gegen die dringend nötigen St.-Galler Plätze aufzustübern. Der VSM (Verband der Schweizer Medizinstudenten) stellte in seinem Votum die positiven Aspekte der Arzteentwicklung dar: Der mit der grossen Arztezahl verbundene Abbau von Sozialprestige und Einkommen der Mediziner sei positiv zu bewerten. Im übrigen ergeben sich Chancen für neue Praxisformen und damit für eine bessere Gesundheitsversorgung. Von anderer Seite wurde festgestellt, Prestige und Einkommen des schweizerischen Arztes wirkten nicht gerade studienabschrekkend. Wer aus dieser Versammlung müsse bei notwendiger Arztkonsultation nicht zwei Monate warten und erhalte anschliessend eine hohe Rechnung zugestellt?

Die Vertreter der welschen Schweiz

anschliessenu eine none Achemeng gestellt?

Die Vertreter der welschen Schweiz verwiesen darauf, dass ein SHK-Entscheid im jetzigen Zeitpunkt für den NC ein Präjudz: für die kommenden Debarten im National- und Sänderat darstelle; diese Verhandlungen seien erst abzuwarten

warten.

Zum Schluss fasste Präsident Jeanneret die Diskussion in 13 Punkte zusammen und plädierte für eine Abstimmung
über die folgenden drei:

- · Beschluss über einen Numerus fixus
- Entscheid für eines der 4 Selektions-modelle im Fall von Zulassungsbe-schränkungen
- nochmalige Aufnahme der Verhandlungen um die Nichtdiskriminationsabkommen.

Mit knappem Mehr wurde in einer vorausgehenden Abstimmung beschlossen, dass vorerst nichts entschieden werde, und damit wurde auch die Sitzung sofort aufgehoben. VSS-Vorstand

muss der Zusammenhang mit der misslichen hochschuldidaktischen Situation aufgezeigt werden anhand von statistischem Material.

In die Hochschule ohne Matura

Einen neuen Schritt zur Demokratisierung der Universität geht die Regierung von Republik und Kanton Genf: Ab 1977 können gutausgewiesene Berufstätige in Genf studieren, auch wenn sie nicht über ein Maturitätszeugnis verfügen, das ihre «Hochschulerite» bescheinigt. Allerdings stehen die Türen der Hochschule nicht allen offen: Unter den Interessenten soll eine strenge Auswahl getroffen werden, und der Zugang zum Medizinstudium bleibt ihnen verwehrt.



«Die Aktivitäten der extremen Linken verdienen unser Misstrauen, unsere äusserste Wachsamkeit. Deren Bestreben, deren ideologischer Fanatismus, hat das Ziel, unser freiheitlich- (jetzt kommt's) kapitalistisches System einer weitgehend realisierten Chancengleichheit durch Theorien des Kommunismus-Marxismus zu ersetzen.» So Max E. Ammann im «Luzerner Tagblatts vom 18. 12. 1976. Schön, dass er gleich sagt, was es in der Schweiz zu verteidigen gibt.

Was erwartet der Schweizer vom Jahr 1977? Nach einer Meinungsumfrage der Isopublic glauben 41%, dass im nächsten Jahr die Vollbeschäftigung wieder erreicht wird. Vor einem Jahr haben nur 16% daran geglaubt. Nur ein Drittel nimmt an, dass mehr gestreikt werden wird. Für 54% bleibt der soziale Friede erhalten. Noch nie waren so viele davon überzeugt. Was macht man nur mit all den optimistischen Arbeitslosen?

Die Warschau-Pakt-Staaten haben der Nato den Vorschlag gemacht, einen Ver-trag abzuschliessen, nach welchem sich beide Seiten verpflichten, nicht als erste Nukkarwaffen zu verwenden. Die Aus-senminister der Nato-Staaten haben nien Entschliessung den Vorschlag aus

dem Osten zurückgewiesen. Die Situation des gegenseitigen Misstrauens ist bekannt und überrascht denn auch kaum.
Bemerkenswert ist allerdings die Begründung der Nato: Sie (die Nato-Stauen)
wollen «gegebenenfalls nicht auf den für
die Verteidigung erforderlichen Einsatz
irgendwelcher ihnen zur Verfügung stehender Mittel verzichten». Im Klartext:
Wenn schon Konflikt, dann gerade richtig.

Rund 85 Prozent aller schweizerischen Verwaltungsräte haben keine besonderen Aufgabengebiete. Ohne eigentliche Arbeit (bei bescheidenem Zeitaufwand) beziehen 47 Prozent der Mandatsträger in der Wirtschaft bis zu 2500 Franken pro Vierteljahr; 27 Prozent der schweizerrischen Verwaltungsrats-Stizer beziehen mehr als 20 000 Franken im Jahr, mehr als eine gelernte Verküuferin bei 44-Stunden-Woche und 3 Wochen Urlaub, der «Schweizerischen Handelszeitung» Bezüge von bis zu 200 000 Franken für Delegierten- bzw. Präsidentenposten, bis zu über 16 000 Franken pro Monat also, angegeben.

«Affen sind begeisterte Fernsehzu-schauer, wenn die gezeigten Filme viel Bewegung aufweisen. Fussball, Ring-kämpfe oder Polizeiaktionen lösen bei den Gorillas und Schimpansen rege An-teilnahme aus. Bei musikalischen Dar-bietungen oder Vorträgen zeigen die Affen dagegen keine Reaktion», haben Wissenschaftler in den USA jetzt heraus-eefunden.

Who is who der Schweizer Bildungspolitik

In der Schweiz zählt Wissenschaftsund Bildungspolitik zu den Geschäften, die zwar alle betreffen, zugleich
aber einigen wenigen Spezialisten
überlassen werden. Ob die Tatsache,
dass Bildung und Wissenschaft hierzulande in einer Sackgasse stecken,
Resultat oder Ursache davon ist, sei
dahingestellt. Jedenfalls wird der Zugang zu diesem politischen Ressort oft
durch banale Unkenntnis einfachster
Tatsachen verstellt. Dem hilft jetzt der
von der Gesellschaft für Hochschule
und Forschung (GHF) herausgegebene
«Almanach wissenschafts- und bir
dungspolitischer Organisationen der
Schweiz» (deutsch/französische Ausgabe) zu begegene. Erstmals werden
hier in relativer Vollständigkeit die
grundlegenden Fakten über Behörden,
öffentlichrechtliche Institutionen, Vereine und Stiftungen auf dem Gebiet
der Bildungs- und Wissenschaftspolitik
präsentiert: Name/Adresse, Rechts-

form, Gründungsjahr, letzte Statutenrevision, leitende Personen, Mitgliederzahl und regionale Verteilung, Organisationsformen/Organe, Die Anschaffung des Almanachs lohm sich – nicht nur für «Spezialisten». Zu beziehen ist er für 18 Fr. in allen Buchhandlungen und für 16 Fr. bei der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (Talstrasse 83, 8001 Zürich).

Das grosse Lob, das der GHF für den Almanach und die darin steckende Mühe zu zollen ist, wird nicht gemindert durch Anregungen zu einer Ausgestaltung der Broschüre in kommen-den Neuauflagen. Immerhin wäre zu bedenken, ob nicht auch die bildungsund wissenschaftspolitischen Verantwortlichen der einzelnen Parteien, die Erziehungsdirektoren der einzelnen Kantone und die Studentenschaften der höheren Schulen aufgeführt werden sollten.



Wir gewähren nach wie vor 30% Studentenrabatt.

Coupon	
Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.	
 Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger Wochen lang gratis. 	
☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren, (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)	
Ich wünsche folgende Zahlungsart: ☐ monatlich Fr. 6.45 ☐ vierteljährlich Fr. 18.55 ☐ halbjährlich Fr. 36.75 ☐ jährlich Fr. 72.80	
Name:	
Strasse:	
PLZ, Ort:	
Fakultät:	
Semester:	
Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb Postfach. 8021 Zürich	7